

Blum, Reinhard

Working Paper

Brauchen wir eine „neue Soziale Marktwirtschaft“?

Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe, No. 229

Provided in Cooperation with:

University of Augsburg, Institute for Economics

Suggested Citation: Blum, Reinhard (2002) : Brauchen wir eine „neue Soziale Marktwirtschaft“?, Volkswirtschaftliche Diskussionsreihe, No. 229, Universität Augsburg, Institut für Volkswirtschaftslehre, Augsburg, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:384-opus4-712293>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/70040>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Brauchen wir eine „neue Soziale Marktwirtschaft“?

Reinhard Blum*
Universität Augsburg

Oktober 2002

Zusammenfassung

Wer nur an die Marktwirtschaft glaubt, ist abergläubisch, stellte der katholische Theologe Hans Küng vor einigen Jahren in einem Beitrag „Ökonomie und Theologie“ für Studenten der Wirtschaftswissenschaften fest. Soziale Marktwirtschaft, so ließe sich fortfahren, schützt vor diesem Aberglauben. Aber Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsethik beweisen heute, dass Marktwirtschaft als Institution schon an sich sozial und ethisch ist. Genau das Gegenteil war Ausgangspunkt der Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Überlegungen zur Notwendigkeit einer „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ müssen deshalb mit der Erinnerung an die ursprüngliche Idee der Sozialen Marktwirtschaft beginnen (Teil 1), ihre Ausgestaltung durch Wirtschaftspolitik verfolgen (Teile 2-4). Nicht einmal die große Herausforderung durch die Überleitung der ehemaligen DDR in die marktwirtschaftliche Ordnung ließ die Forderung nach einer „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ laut werden (Teil 5). Dasselbe gilt für die seit Jahren steigende Arbeitslosigkeit, deren Beseitigung alle Parteien und alle Regierungen höchste Priorität einräumen. Bei den bisherigen Misserfolgen drängt sich der Verdacht auf, dass die Lösungen aus dem marktwirtschaftlichen Denkmodell gerade wegen der Globalisierung in eine Sackgasse geraten (Teil 6). Was sollte somit jetzt eine „neue Soziale Marktwirtschaft“ notwendig machen (Teil 7)? Die Analyse zeigt, dass die Verteidigung der „alten Sozialen Marktwirtschaft“ im unterstellten stürmischen Globalisierungsprozess die bedeutendste Herausforderung darstellt – für die Wirtschaft und für die Gesellschaft (Teil 8).

Schlüsselwörter: Marktwirtschaft – reine, soziale –, Paradigmenwechsel, dritter Weg, dialektischer Prozess, Wohlfahrtsstaat, Subsidiaritätsprinzip.

JEL Klassifikation: A 00, L 00, P 00.

* Dies ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages an der Universität Erfurt im Dezember 2001.
Anschrift: em. Prof. Dr. Reinhard Blum, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Universität Augsburg,
D-86135 Augsburg; e-mail: HR.Blum@t-online.de.

1 Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft als „marktwirtschaftliche Synthese“ gegen einen „sozialistischen Zeitgeist“

Der sozialistische Zeitgeist wurzelt in einem dialektischen Prozess, in dem die These „Wohlstand durch Marktwirtschaft“ nach Fehlentwicklungen in der Praxis durch die Antithese von Karl Marx „Wohlstand durch Kommunismus“ ersetzt wurde. Empirischer Ausgangspunkt war das soziale Elend (die „soziale Frage“), das die „industrielle Revolution“ im 19. Jahrhundert begleitete.

1.1 Denken in alternativen Idealtypen von Wirtschaftsordnungen

In der Entwicklung der volkswirtschaftlichen Ideen entstanden zwei ideale Typen volkswirtschaftlicher Organisation durch Anwendung des Rationalitätsprinzips, einmal nach dem Individual- und dann nach dem Sozialprinzip: Individuelle „Rationalität von unten“ und kollektive „Rationalität von oben“. Entweder die Individuen planen und stimmen ihre Pläne auf Märkten ab (Marktwirtschaft, reine oder freie Marktwirtschaft), oder der Staat plant zentral (Zentralverwaltungswirtschaft, Planwirtschaft). Mischungen sind ausgeschlossen nach der Regel der traditionellen Logik, dass es ein Drittes zwischen „Sein und Nichtsein“ nicht geben kann. Auch unser Computer folgt dieser Logik. Es gibt nur 0 oder 1, nichts Drittes. Nur zwingt hier die Nutzung des elektrischen Stromes und seiner positiven oder negativen Ladung zu den beiden alternativen Signalen.

Die reale Marktwirtschaft, Kapitalismus genannt, und die reale Planwirtschaft, Sozialismus genannt, stellen jedoch Mischungen aus marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Elementen dar, begleitet von den Warnungen der „Ordnungstheoretiker“, dass nur die Idealtypen von Ordnungen die maximale Effizienz des jeweiligen Systems garantieren. Mischungen gelten so als eine Art schiefe Ebene, so dass das Mischsystem sich in Richtung der alternativen Ordnung entwickelt, d.h. entweder in den Sozialismus abgeleitet oder in den Kapitalismus. Das Abgleiten eines marktwirtschaftlichen Mischsystems beschrieb Friedrich von Hayek 1944 in einem noch heute wieder gern zitierten Buch als „Weg in die Knechtschaft“ (von Hayek 1945). Die Wirtschaftsordnung wurde auf diese Weise zu einem Abgrenzungskriterium zwischen freien und unfreien Gesellschaften. Dieses Denkmuster führt zu einer Ablehnung der Sozialen Marktwirtschaft. Geht man der Wirklichkeit entsprechend von ihr aus, so folgt in der traditionellen Wirtschaftstheorie ein Theoriedefizit für die Soziale Marktwirtschaft (Blum 1983, Blum und Welzel 1998).

1.2 Hoffnung auf einen „dritten Weg“

Die Menschen in dem in Besatzungszonen aufgeteilten und durch Reparationen der Siegermächte gedemütigten Deutschland fürchteten angesichts der dominierenden Herrschaftsansprüche der USA und der Sowjetunion die Spaltung in Ost und West sowie den entsprechenden Ordnungsvorstellungen gemäß Kapitalismus oder Sozialismus. Beide galten jedoch aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit, der Weltwirtschaftskrise in den zwanziger und dreißiger Jahren einerseits und dem Stalinismus andererseits, als unbrauchbar. Deshalb entstand sowohl in den westlichen Besatzungszonen als auch in der sowjetischen Zone die Vision eines dritten, deutschen Weges zwischen Ost und West, Sozialismus und Kapitalismus. In der sowjetischen Besatzungszone erstickten solche Gedanken in der Entschlossenheit der Sowjetunion, ihre Besatzungszone in das eigene Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu integrieren.

Dagegen konnte man in den westlichen Besatzungszonen an Ideen anknüpfen, zu denen die „soziale Frage“ im 18. und 19. Jahrhundert anregte sowie die Weltwirtschaftskrise im 20. Jahrhundert. Als Antwort auf die „soziale Frage“ entstand ein „sozialer Liberalismus“, getragen von der Idee einer sozialen Ergänzung marktwirtschaftlicher Prozesse. Die bloße soziale Kompensation war deutschen Ökonomen und Juristen aufgrund der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und der Entwicklung von wirtschaftlichen Machtblöcken in Gestalt von großen Konzernen und Kartellen zu wenig. Eine radikale Veränderung der entstandenen Wirtschaftsstrukturen, auch „Feudalismus in der Marktwirtschaft“ oder „Neofeudalismus“ genannt (Rüstow 1949, von Nell-Breuning 1960), und eine in die Gesellschaftspolitik integrierte „Wirtschaftsordnungspolitik“, die die kompensierende Sozialpolitik überflüssig macht, schien geboten. Walter Eucken spricht von der „Interdependenz der Wirtschaftsordnungspolitik“ (Eucken 1952, S. 304 ff.).

Dadurch sollte für die Marktwirtschaft erst wieder ein Rahmen geschaffen werden, in dem Wettbewerb möglich ist, wie ihn die marktwirtschaftliche Ordnung verlangt. Aus der auch als Antwort auf die soziale Frage entwickelten Katholischen Soziallehre floss die Vorstellung einer Ordnung (im Lateinischen „ordo“) ein, die den menschlichen Bedürfnissen dienen muss und nicht einem Prinzip oder Dogma. Die Rolle des Staates ergab sich aus dem Subsidiaritätsprinzip. Er ist immer dann verantwortlich, wenn die einzelnen Menschen weder allein noch durch Einschaltung der nächst höheren zwischenmenschlichen Organisation (Familie, Gemeinde, usw.) das Wohlergehen nicht gewährleisten können. Das Christentum diente in der Nachkriegszeit auch als Orientierung für dritte Wege zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Ost und West, wie das Adjektiv „christlich“ im Namen politischer Parteien demonstriert.

1.3 Soziale Marktwirtschaft als ein „der Ausgestaltung harrender Stilgedanke“

Auf dem dargestellten Hintergrund erwies sich die Wortkombination „Soziale Marktwirtschaft“ als ein Begriff, unter dem marktwirtschaftliche Prinzipien in Westdeutschland wieder Vertrauen gewannen (vgl. Blum 1980 und 2000). Der geistige Vater dieses Begriffs, Alfred Müller-Armack, wollte auf diese Weise dem „sozialistischen Zeitgeist“ entgegenwirken und dritten Wegen wie „sozialistische Marktwirtschaft“ oder „christlicher Sozialismus“ eine „marktwirtschaftliche Alternative“ gegenüberstellen. Sie sollte kein umfassendes Konzept sein, sondern ein der „Ausgestaltung harrender Stilgedanke“, eine „marktwirtschaftliche Synthese“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus, eine „irenische Formel“ (Friedensformel) zur Überwindung des traditionellen Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital.

Dazu diene die Vorstellung von einer „sozial gesteuerten Marktwirtschaft“, die das Prinzip der Freiheit auf den Märkten mit dem des „sozialen Ausgleichs“ verbindet. Die Marktwirtschaft erhält dabei nur einen „instrumentalen Charakter“. Sie kann keine „kulturellen Werte“ vermitteln, sondern zehrt sie eher auf. Unter diesem Stilgedanken sollte die Umsetzung in die Praxis von Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik pragmatisch erfolgen, aber unter der Beachtung des Grundsatzes der Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Angesichts dieses für pragmatische Gestaltung offenen marktwirtschaftlichen Stilgedankens ist nicht zu erkennen, dass eine „neue Soziale Marktwirtschaft“ notwendig ist. Es sollte eher darauf ankommen, diesen Stilgedanken zu bewahren.

2 Die pragmatische Ausgestaltung unter wechselnden Regierungen

In der Wahl zum ersten Deutschen Bundestag 1949 wurde der gefürchtete „sozialistische Zeitgeist“ überstimmt. Die Christlich Demokratische Union gewann zusammen mit der bayerischen Christlich Sozialen Union die Wahlen unter dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Vorausgegangen war bereits 1948 die Währungsreform und die „Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“. Trotz des nicht sehr marktwirtschaftlich klingenden Titels sollte mit diesen Leitsätzen nach dem Willen der westlichen Besatzungsmächte der Übergang zur Marktwirtschaft vorbereitet werden. Die Militärregierung hielt deutsche Heißsporne zurück, die zu einem schnelleren Übergang zur Marktwirtschaft drängten. Die pragmatischen Militärs wollten keine Verbindung marktwirtschaftlicher Prinzipien mit einer Mangelwirtschaft. Die westdeutsche Wirtschaft produzierte – mit einer Kapazität, die trotz aller Zerstörungen immer noch derjenigen der dreißiger Jahre entsprach – praktisch auf Lager und für den schwarzen Markt. Es wurde praktisch geduldet, dass die Waren für die erwartete Geld-

und Wirtschaftsreform gehortet wurden. Als der Marshall-Plan zum Wiederaufbau der Zerstörungen durch den Krieg in Europa eine neue Strategie der USA auch gegenüber Deutschlands wirtschaftlicher Erholung signalisierte, erfolgte der Start in die marktwirtschaftliche Ordnung.

2.1 Übergang zur Marktwirtschaft in kleinen Schritten

Die neue Ordnung sollte sich pragmatisch dem Bewusstsein der Bevölkerung und den Produktionsbedingungen anpassen. Spätere Autoren ließen bereits beim Start das „deutsche Wirtschaftswunder“ beginnen. „Güter in Hülle und Fülle über Nacht“ gab es – natürlich wegen der erwarteten Räumung der reichlich vorhandenen Horte. Von einem „ordnungspolitischen Wunder“ ließe sich eher sprechen, weil entgegen dem beklagten „sozialistischen Zeitgeist“ die Entscheidung der Wähler 1949 zugunsten der CDU/CSU und der Sozialen Marktwirtschaft ausfiel. Die Militärregierung legte im übrigen Wert darauf, dass die alte Ordnung zunächst im Wesentlichen bestehen blieb. Das betraf auch die in der Welt vorbildliche Sozialordnung. Ihr wurde aber eine neue Regelung für einen „Lastenausgleich“ zwischen den von den Kriegszerstörungen unterschiedlich betroffenen Bevölkerungsschichten verordnet. Die durch den Nationalsozialismus belasteten Führungskräfte verloren ihre Positionen. Das geschah auch mit prominenten Wirtschaftsführern, die zunächst pauschal als Parteigänger des Nationalsozialismus galten. Gewerkschaften und Sozialdemokraten konnten davon profitieren.

Dies und der „sozialistische Zeitgeist“ führten dazu, dass in die zuerst entstehenden Länderverfassungen gerade im Hinblick auf die wirtschaftliche Ordnung Elemente hinein kamen, die heute nicht gerade marktwirtschaftlich erscheinen. In eine ähnliche Richtung weist das „Ahlener Programm“ der CDU von 1947. Erst die „Düsseldorfer Leitsätze“ der CDU von 1949 machen keine Verbeugung vor dem „sozialistischen Zeitgeist“ und setzen ihm die Soziale Marktwirtschaft entgegen. Aber die deutschen Verfechter einer schnellen Umsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien mussten sich noch weiter gedulden und sind eigentlich bis heute, wie sich noch zeigen wird, mit der Sozialen Marktwirtschaft nicht zufrieden. Diese Unzufriedenheit weist auf Wünsche nach einer „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ oder eben nur nach mehr Marktwirtschaft.

2.2 Pragmatischer Weg zum „deutschen Wirtschaftswunder“

Der erste Wirtschaftsminister der Bundesrepublik, Ludwig Erhard, erhielt die Aufgabe, den Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft in die Praxis umzusetzen. Dabei ließ er sich auch von dem in der Sozialen Marktwirtschaft etwas distanziert betrachteten Ordoliberalismus leiten. Das betraf vor allen Dingen die Rolle eines starken Staates, dem es oblag, eine Strukturreform der deutschen Wirtschaft durchzusetzen, um die entstande-

nen wirtschaftlichen Machtpositionen abzubauen oder durch staatliche Aufsicht zu kontrollieren. Die Grundlagen legten die Siegermächte durch ihre „Dekartellierungs- und Entflechtungsgesetze“ für die deutsche Industrie. Das war zunächst eine Straffaktion wegen der Verquickung der deutschen Großindustrie mit dem Nationalsozialismus, seiner Rüstungs- und Kriegspolitik. Müller-Armack war dagegen der Meinung, die in Deutschland entstandenen Wirtschaftsstrukturen hätten sich als sehr effizient erwiesen und sollten gerade angesichts der Kriegszerstörungen bestehen bleiben.

Der Ordoliberalismus und seine Forderung nach einer radikalen Strukturveränderung ließen sich besser mit den amerikanischen Antitrust-Gesetzen gegen Großunternehmen und Wettbewerbsbeschränkungen vereinbaren. Die Besatzungsmächte signalisierten, dass sie bereit wären, ihre Dekartellierungs- und Entflechtungsgesetze aufzuheben, wenn es eine deutsche gesetzliche Grundlage zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht und zur Erhaltung eines den marktwirtschaftlichen Prinzipien entsprechenden Wettbewerbs gäbe. Mit der Vorbereitung einer solchen Gesetzgebung wurde deshalb schon 1950 begonnen. Auf diesem Hintergrund ließen sich die „Leitsätze zur Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“ von 1948 interpretieren als ein „dritter Weg des Übergangs“ von einer geplanten Kriegswirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft.

Pragmatisch wurden lebensnotwendige Rohstoffe und andere Güter des täglichen Bedarfs in der Bewirtschaftung belassen. Ludwig Erhard schreckte auch nicht vor einem „Gesetz gegen Preistreiberei“ zurück, um den in die Marktwirtschaft entlassenen Bereichen Grenzen zu setzen für die entstandenen Preisspielräume angesichts der schnell steigenden Nachfrage. Ihr kam ein staatlich gefördertes „Jedermann-Programm“ zur schnelleren Bereitstellung einer Massenproduktion für standardisierte Konsumgüter entgegen. Als sich bei den bewirtschafteten und damit Preisgebundenen Rohstoffen Engpässe zeigten, verabschiedete der Deutsche Bundestag 1952 ein „Investitionshilfegesetz“ zugunsten der deutschen Grundstoffindustrie. Das Gesetz zwang die verarbeitende Industrie zur Zeichnung einer Anleihe. Mit ihrer Hilfe sollten notwendige Investitionen in der Grundstoffindustrie finanziert werden.

Die belasteten Industriezweige waren erbost und sahen in dem staatlichen Eingriff einen Verstoß gegen die marktwirtschaftliche Ordnung und das neue Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Eine Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe folgte. Dieses traf 1954 eine wegweisende Entscheidung über die Umsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der Sozialen Marktwirtschaft. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft zugunsten des Gemeinwohls sind nicht nur zulässig, sondern sie können auch gegen die Regel der „Marktkonformität“ verstoßen. Empörung über Eingriffe in die

gerade eröffnete wirtschaftliche Freiheit löste auch die von Ludwig Erhard vorangetriebene Verabschiedung eines „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ aus.

Ein Wirtschaftsverband telegrafierte dem Wirtschaftsminister erbost, er könne die deutsche Wirtschaft doch nicht zur Freiheit zwingen. Der wiederum beklagt sich, die deutsche Wirtschaft sei ihm zwar begeistert bei der Befreiung von staatlichen Fesseln gefolgt, verweigere aber die Gefolgschaft bei der zur Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft und eines funktionierenden Wettbewerbs notwendigen Ordnung der Wirtschaft. Das verbissene Ringen zwischen Staat und Wirtschaft um die Verabschiedung des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ – aus der Erinnerung an die erste deutsche Wettbewerbskontrolle der zwanziger Jahre kurz, aber missverständlich, „Kartellgesetz“ genannt – charakterisiert die Beschreibung als „siebenjähriger Krieg“. Erst 1957 verabschiedete der Deutsche Bundestag dieses Gesetzgebungswerk nach verschiedenen Abschwächungen der in den ersten Entwürfen vorgesehenen Regelungen zur Kontrolle der wirtschaftlichen Macht. Das in der ganzen Welt gelobte deutsche Wirtschaftswunder war bis zum Ende der fünfziger Jahre vollbracht. Es war trotz Integration von Millionen Flüchtlingen Vollbeschäftigung erreicht. Die Entlassung auch in die außenwirtschaftliche Freiheit, die erst 1961 formell mit dem „Außenwirtschaftsgesetz“ vollzogen wurde, bestand in der Praxis ebenfalls.

Das Wirtschaftswunder entstand somit, historisch korrekt eingeordnet, nicht durch einen Schock und „Marktwirtschaft pur“, wie es die „Ordnungstheoretiker“ später bei der Transformation der sozialistischen Länder in die Marktwirtschaft empfahlen. Da rächt sich das erwähnte Theoriedefizit bei der Sozialen Marktwirtschaft.

2.3 Rücksicht auf historisch gewachsene Strukturen

In der Sozialen Marktwirtschaft findet neben dem vorherrschenden privaten Eigentum auch öffentliches Eigentum seinen Platz, ohne als Fremdkörper abgestempelt zu werden. Dasselbe gilt für öffentliche neben Privatunternehmen und genossenschaftlichen Unternehmen sowie aus öffentlichen und privaten Eigentümern gemischte Unternehmen. Pragmatisch werden damit die Eigentums- und Unternehmensformen anerkannt, die sich in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung herausbildeten. Sie repräsentieren in dem Nebeneinander von öffentlich und privat auch das Subsidiaritätsprinzip. Das gilt ebenso für Berufs- und Wirtschaftsverbände sowie soziale und gesellschaftliche Organisationen. Dies erinnert daran, dass die Katholische Soziallehre einer berufsständisch organisierten Gesellschaft den Vorzug gibt. So liegt es nahe, dass die ebenfalls historisch gewachsenen Gewerkschaften ein wichtiger Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft als „Friedensformel“ zur Vermeidung des alten Klassenkampfes

zwischen Arbeit und Kapital sind. Seit 1952 entstehen gesetzliche Regelungen zur Betriebsverfassung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmen (vgl. Lampert und Bossert 2001, S. 276 ff).

Der Vorrang des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des wirtschaftlichen Wachstums in den ersten zehn Jahren im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft ließ bei ihrem geistigen Vater Müller-Armack 1960 die Sorge aufkommen – ähnlich auch bei den Vertretern des Ordoliberalismus –, neue sich abzeichnende Probleme (Strukturwandel durch das schnelle wirtschaftliche Wachstum, Schädigung der Umwelt) und gesellschaftspolitische Defizite könnten zu wenig Beachtung erhalten. Dies fand seinen Niederschlag in dem Aufruf zu einer „Zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft, ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik“. Ludwig Erhard stellte sich den neuen Herausforderungen. Sie lagen zunächst vor allem in den Gefahren für die binnenwirtschaftliche Stabilität durch die ständig wachsenden Außenhandelsüberschüsse.

2.4 Außenwirtschaftliche Herausforderung für die wirtschaftliche Stabilität

Die traditionelle – in der Marktwirtschaft bevorzugte – Geldpolitik reichte angesichts der gestiegenen internationalen Verflechtung nicht mehr aus. Die Verpflichtung zur Verteidigung fester Wechselkurse bedrohte die binnenwirtschaftliche Stabilität durch inflationäre Impulse. Amerikanische Politiker und Ökonomen stellten die deutsche Wirtschaftspolitik unverhohlen vor die Alternative: Verzicht auf binnenwirtschaftliche Stabilität, insbesondere bei den Preisen, oder Aufwertung der deutschen Währung. Die Exporte sollten dadurch verteuert und die Importe verbilligt werden. Die Deutschen ermunterte man auch, ihre wachsenden Außenhandelsüberschüsse im Ausland einzusetzen. Daraus entstand die erste Auslandsanleihe zugunsten von Entwicklungsländern, die wegen ihrer mangelnden Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse anfällig für sozialistische Ideen waren und damit auch für eine Öffnung zum Ostblock. Im Bundeswirtschaftsministerium begannen zu Beginn der sechziger Jahre Überlegungen zu einem „Stabilitätsgesetz“. Es sollte vor allem die Geldpolitik durch einen bewussten Einsatz von Einnahmen und Ausgaben des Staates zur wirtschaftlichen Stabilisierung ergänzen, zur Unterscheidung von der traditionellen Finanzpolitik „Fiskalpolitik“ genannt. Das erlaubte die Nutzung der „keynesianischen Revolution“ in der Wirtschaftstheorie.

Ludwig Erhard empfand zunächst bereits die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als ein „planwirtschaftliches Instrument“. Das hinderte ihn jedoch nicht, später ein Gesetz für einen „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ auf den Weg zu bringen. Der Deutsche Bundestag verabschiedete das „Sachverständigenratsgesetz“ bereits 1963, vier Jahre bevor es unter einer neuen, sozialdemokra-

tischen Regierung im „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ von 1967 (Stabilitäts- und Wachstumsgesetz) eine wichtige Rolle spielte. Dieses Gesetz war die Antwort auf die erste große Wirtschaftskrise der jungen Bundesrepublik.

2.5 Wirtschaftsminister als Bundeskanzler

Die ersten Krisensignale beendeten die Ära Adenauer. Man traute einem erfolgreichen Wirtschaftsminister auch zu, ein guter und erfolgreicher Bundeskanzler zu sein. Ludwig Erhard stellte seine Regierungserklärung von 1965 unter das Leitbild einer „formierten Gesellschaft“. Das war sicher eine Anknüpfung an die „zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft“ von Alfred Müller-Armack. Er hielt diese Umsetzung später für unglücklich. Ziel der „formierten Gesellschaft“ sollte es sein, „die Leistungsgesellschaft der Nachkriegszeit“ wieder zu neuem Leben zu erwecken. Es ließe sich darin auch eine Fortsetzung von Erhards Wirtschaftspolitik durch Appelle (moral suasion) sehen, wie die „Maßhalte-Appelle“ in den fünfziger Jahren. Aber es gab auch gesetzliche Initiativen. Eine Forderung des Grundgesetzes, die Bundesregierung trage die Verantwortung für eine ausgeglichene Entwicklung in allen Regionen der Bundesrepublik, wurde immer aktueller, eines der strukturellen Probleme für die „zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft“ bei Müller-Armack.

Ludwig Erhard schlug ein „Deutsches Gemeinschaftswerk“ vor. Es sollte Sammelbecken für finanzielle Mittel des Bundes, der Länder und Gemeinden sein zur Bewältigung von dem Gemeinwohl aller dienenden strukturpolitischen Aufgaben, die durch den föderalen Aufbau der Bundesrepublik zu kurz kamen. Das liefert ein gutes Beispiel für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Für eine solche neue Institution bedurfte es aber einer Änderung des Grundgesetzes. Sie erfolgte erst 1969. Die Regierung Erhard scheiterte letztlich an der ersten großen Wirtschaftskrise der Bundesrepublik 1966/67 nach einjähriger Regierungszeit. Arbeitslosigkeit, steigende Preise und nachlassendes wirtschaftliches Wachstum beunruhigten Politik und Wissenschaft. Die Wirtschaft forderte nach Abschluss des stürmischen Wiederaufbaus neue Strategien in der Wirtschaftspolitik. Die brachte eine neue Regierung unter Beteiligung bzw. unter Führung der Sozialdemokraten. Damit beginnt, wenn man nach Müller-Armacks zweiter Phase weiter zählen möchte, eine dritte Phase der Sozialen Marktwirtschaft.

3 „Soziale Marktwirtschaft von links“

Der sozialdemokratische Wirtschaftsminister, Karl Schiller, nutzt das bewährte Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft, setzt aber sozialdemokratische Akzente. Eine „Soziale

Marktwirtschaft von links“ soll gestaltet werden, eine „aufgeklärte (soziale) Marktwirtschaft“. Damit war gemeint, dass auch Wirtschaftspolitik in einer marktwirtschaftlichen Ordnung rational sein muss. Das setzt die Vorgabe von gesamtwirtschaftlichen Zielen voraus, geeignete Mittel, sie zu erreichen und die wirksame Kontrolle des Mitteleinsatzes und seiner Wirkung. Die Grundlage dafür legte das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“, kurz „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ genannt, das der Deutsche Bundestag 1967 verabschiedete. Es wurde als das „fortschrittlichste Wirtschaftsgesetz der Welt“ international gelobt, weil es zum ersten Mal eine „rationale Wirtschaftspolitik“ im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gesetzlich verankerte.

3.1 Rationale Wirtschaftspolitik im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung

Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz nannte die gesamtwirtschaftlichen Ziele (Stabilität des Preisniveaus, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem wirtschaftlichen Wachstum) sowie neben den alten auch neue Instrumente der Wirtschaftspolitik zur Bewältigung einer neuen Lage, nämlich die schon unter Ludwig Erhard diskutierte Stabilisierung durch Fiskalpolitik. Das Gesetz verpflichtete die Bundesregierung zur Rechenschaft über den Erreichungsgrad der Ziele. Dies sollte auf der Basis einer jährlichen Begutachtung durch den „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ geschehen, der schon 1963 geschaffen wurde, wie erwähnt. Es bürgerte sich der etwas euphorische Kurzname „Rat der fünf Weisen“ ein. Je einer der Weisen durfte der Bundesregierung immer von den Gewerkschaften und vom Arbeitgeberverband vorgeschlagen werden, was ahnen lässt, dass Weisheit auch parteiisch ist.

Mit der „rationalen Wirtschaftspolitik“ löste sich Wirtschaftspolitik von dem marktwirtschaftlichen Leitbild, dass „beste Wirtschaftspolitik keine Wirtschaftspolitik“ ist, wie Ludwig Erhard einem Journalisten auf eine entsprechende Frage ironisch gemäß marktwirtschaftlicher Denktradition antwortete. Sie verlangt Rechtfertigung der Politik aus dem Nachweis von „Marktversagen“. Das reicht aber noch nicht. Denn in demselben Denkmodell fehlt es den Entscheidungen des Staates an der Rationalität des Marktes, so dass dieses „Staatsversagen“ immer noch ein größeres Übel darstellt als Marktversagen. Rationale Wirtschaftspolitik erlaubt ganz im Sinne der „sozial gesteuerten Marktwirtschaft“ in dem Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschaftspolitik, die sich aus der Autonomie mündiger Bürger in demokratischen Prozessen rechtfertigt. Daraus ergeben sich wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Ziele für die Politik und damit auch für die Wirtschaftspolitik. Fehlentwicklungen sind kein Schick-

sal, in das man sich ergeben oder sich resignierend der Weisheit und Rationalität der Märkte anvertrauen muss.

Für diesen Blickwinkel entwickelte John Maynard Keynes aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise eine neue Wirtschaftstheorie. Sie integriert die Märkte als mikroökonomische Grundlage des volkswirtschaftlichen Kreislaufs in eine volkswirtschaftliche, makroökonomische Theorie. Diese zeigt auf, wo die Wirtschaftspolitik in den volkswirtschaftlichen Kreislauf von Güter- und Geldströmen eingreifen kann, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken oder sie nachträglich zu korrigieren. Ein neues Instrument dafür ist die erwähnte, im Konjunkturverlauf antizyklisch einzusetzende Fiskalpolitik. Im alten mikroökonomischen Denkmodell der marktwirtschaftlichen Theorie erschien dieser neue Blickwinkel so umstürzlerisch, dass von einer „keynesianischen Revolution“ gesprochen wurde. In diesem neuen Denkansatz bewegt sich Karl Schiller, wenn er die „Gestaltung der makroökonomischen Relationen“ letztlich der Verantwortung des Staates zuweist, die „Gestaltung der mikroökonomischen Relationen“ den Märkten.

Die Aufnahme des Wachstumsziels in den volkswirtschaftlichen Zielkatalog erfordert bei mangelnder Erfüllung auch eine Wachstumspolitik des Staates. Die von Alfred Müller-Armack in marktwirtschaftlichem Geist aufgestellte Regel „beste Sozialpolitik ist Wachstumspolitik und „beste Wachstumspolitik ist Marktwirtschaft“ reichte nicht mehr. Einerseits verlangten die Arbeitnehmer mehr als nur die im wirtschaftlichen Wachstum wesentlich verbesserte soziale Fürsorge und Einkommenssteigerung. Die Kompensation der Zurückhaltung zugunsten des Wiederaufbaus „ihrer Unternehmen“ trat immer mehr in den Vordergrund. Ludwig Erhard trug dem Rechnung durch die Visionen „Wohlstand für alle“ und „Eigentum für alle“ durch „Volkskapitalismus“. Aber die sich dahinter verbergende Forderung nach Umverteilung galt und gilt im marktwirtschaftlichen Denkmodell als der beste Weg, die Effizienz der Marktwirtschaft zu zerstören. Die Umverteilung über Märkte – mit wirtschaftlicher Macht und unvollkommenem Wettbewerb – wird dabei ignoriert, löst aber die Wünsche nach politischer Umverteilung aus.

Die Aufgabenstellung des Sachverständigenratsgesetzes von 1963 enthielt auch die Beobachtung der Verteilung des in der Gesellschaft entstehenden Wohlstands. Ein erster Versuch, im Bundestag eine gesetzliche Grundlage für eine spezielle Verteilungsstatistik zu schaffen, scheiterte jedoch. Für die Stabilisierung der Volkswirtschaft im Rahmen des „Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes“ war es aber zumindest erforderlich, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber angesichts der Tarifautonomie zur konjunkturellen Disziplin zu ermahnen. Dazu wurde eine neue Institution geschaffen, die „Konzertierte

Aktion“. Sie erwies sich als handlungsunfähig, weil die beteiligten Gruppen sich weigerten, die Ansprüche der jeweils anderen Gruppe auf verbindliche Sachkompetenz anzuerkennen. Ähnliches lässt sich gegenwärtig in einer Neuauflage der „Konzertierten Aktion“ im „Bündnis für Arbeit“ zur Überwindung der Arbeitslosigkeit feststellen.

3.2 Wachstumspolitik als „ordnungspolitisches Problem“

Die – sozialdemokratische – Bundesregierung stellte für die nur langfristig wirkende Wachstumspolitik 1971 neue Weichen mit der Einsetzung einer vom Deutschen Bundestag beschlossenen wissenschaftlich interdisziplinär zusammengesetzten Kommission aus Vertretern der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen unter dem Namen „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel“. Sie empfiehlt in ihrem 1977 der Öffentlichkeit vorgelegten Bericht eine neue Integrationsformel für den Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft, die „gestaltete Expansion bei Vollbeschäftigung“. Es bleibt zwar trotz des eigentlich gesellschaftspolitischen Auftrags erneut bei der Formel, dass sozialer und gesellschaftlicher Fortschritt nicht ohne wirtschaftliche Expansion möglich ist, doch unter neuen Perspektiven: Vollbeschäftigung sei „anders als durch Wachstumspolitik“ zu erreichen. Die Verteilungsgerechtigkeit stellt jetzt ein eigenständiges, originäres Ziel dar. Die Wachstumspolitik erhält das neue Instrument der „sektoralen Strukturpolitik“. Je nach den Erfordernissen des Wachstums und der anderen Zielsetzungen können auch Sektoren der Volkswirtschaft gestaltet werden.

Diese Variante einer neuen Friedensformel zur sozialen und gesellschaftlichen Stabilität traf das alte marktwirtschaftliche Denkmodell (Paradigma) an einem wunden Punkt. Der „Alleinherrschaftsanspruch“ der Marktwirtschaft für die beste Gestaltung der Wohlfahrt einer freien Gesellschaft wurde durch die Fortentwicklung der Wirtschaftspolitik immer weiter eingeschränkt. Dies schuf „ordnungspolitische Probleme“, ein deutscher Begriff, der in anderen westlichen Industrieländern nicht zu vermitteln ist. Er mahnt zur Beachtung des alten marktwirtschaftlichen Paradigmas. Die Konjunkturpolitik reduzierte die Bedeutung des Marktes für die kurzfristige Stabilität, die „gestaltete Expansion bei Vollbeschäftigung“ nahm dem Denkmodell der Marktwirtschaft die letzte Verteidigungslinie. Denn die konjunkturpolitische Korrektur des Marktes wurde hingenommen mit der Erwartung, die Gestaltung der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung bleibe dem Markt vorbehalten. Diese Erwartung wurde nun zumindest eingeschränkt. Das erzeugte ein ernstes „ordnungspolitisches Problem“.

Die Arbeitgeber gaben zwar ihre ablehnende Haltung zur neuen Interpretation des gesamtwirtschaftlichen Zielbündels zu Protokoll, stimmten aber der neuen Strategie der „gestalteten Expansion“ grundsätzlich zu. In „klarstellenden Minderheitsvoten“ wird

jedoch an die von der marktwirtschaftlichen Ordnung gesetzten Grenzen zur „system-überwindenden Investitionslenkung“ – und damit an das „ordnungspolitische Problem“ – erinnert. Auch den sozialdemokratischen Politikern fehlte der Mut zu der neuen Strategie. Schon bei der ersten Vorlage des Berichts der Kommission 1976 zeigte sich, dass die wichtige Grundlage für die Strukturpolitik, der vorgeschlagene „Sachverständigenrat für Strukturfragen“, neben dem für die kurzfristige Entwicklung zuständigen „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ keine Chance zur politischen Umsetzung hatte. Es blieb nur das Zugeständnis einer zweijährigen Strukturberichterstattung durch die großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute.

3.3 Öffentliche Verschwendung oder öffentliche Armut

Die Vernachlässigung des Verteilungsziels bei der Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft führt auch zu Folgen für den Staatshaushalt. Der Wohlfahrtsstaat und die zusätzlichen wirtschaftspolitischen Aufgaben überfordern ihn. Das marktwirtschaftliche Denken drängt ständig zu weniger Steuern und stempelt den Staat als „Steuerstaat“ ab. Daraus ergeben sich für die zukünftige Gestaltung des Stilgedankens der Sozialen Marktwirtschaft zwei Perspektiven: Die eine geht aus von „öffentlicher Armut und privatem Reichtum“ gemäß einer These des Amerikaners J. K. Galbraith für die Entwicklung der reichen Industrieländer. Die andere Perspektive sieht in dem in demokratischen Prozessen einer freiheitlich-demokratischen Ordnung entstandenen Wohlfahrtsstaat „öffentliche Verschwendung“. Damit verbindet sich eine Abwertung demokratischer Prozesse als „Diktatur der Mehrheit“. Selbst Alfred Müller-Armack argumentiert in dieser Richtung: „Die Funktion des Ganzen war das Werk von Minoritäten“. Ihr Sachverstand drohe ein Opfer der Massen der Dilettanten (insbesondere der „Dilettanten von Ruf“) in Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu werden.

Dies ist eine zweifelhafte Verteidigung gegenüber Vorwürfen, die Soziale Marktwirtschaft habe angesichts der wachsenden ungelösten Probleme, vor allem gegenüber einer Übertreibung des Wohlfahrtsstaats, versagt. Aber so wird gefolgert: „Die Politiker, nicht die Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft haben versagt“. Dieser Vorwurf findet Unterstützung in einer „Neuen Politischen Ökonomie“. Sie nutzt das Instrumentarium der marktwirtschaftlichen Theorie zur Analyse individueller und kollektiver Handlungen sowie der Existenzbedingungen von Institutionen. So wird in der „ökonomischen Theorie der Demokratie“ gezeigt, wie irrational demokratische Entscheidungen sind. Das daraus abgeleitete „Politikversagen“ begründet zusätzlich die Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Aus dieser Perspektive muss auch die „sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ als Soziale Marktwirtschaft versagen. Das ist eine andere

Variante ihres schon beobachteten Theoriedefizits. Müller-Armack klagte schon 1966: Statt eines gern benutzten erfolgreichen Schlagworts handle es sich um „eine ausgearbeitete und durchdachte Theorie der gesellschaftlichen Gesamtordnung. Ich hätte mir gewünscht, dass die geistige Durcharbeitung dieses Gedankens auch in einem weiteren Kreise gründlicher erfolgt wäre“ (Müller-Armack 1966, S. 11).

4 „Soziale Marktwirtschaft von rechts“

Dialektische Prozesse, wie sie sich bei der Idee der Sozialen Marktwirtschaft zeigten, bestimmen auch die Ausgestaltung. Die „Marktwirtschaft von links“ fordert eine von rechts heraus. Die eifrigsten Freunde der Marktwirtschaft überfordern sie und die Fehlentwicklungen geben einer sozialistischen oder sozialdemokratischen Alternative in demokratischen Prozessen eine Chance. Daraus bezieht die Soziale Marktwirtschaft die Dynamik für die Ausgestaltung des Stilgedankens. Die Wahlkämpfe der 70iger und 80iger Jahre kehren wieder zu alten Parolen der Nachkriegszeit zurück. Es geht nicht nur um „mehr Markt, weniger Staat“, sondern um „Freiheit oder Sozialismus“ oder um „Freiheit statt Sozialismus“. Damit wurde eine neue Regierungszeit einer von der Christlich Demokratischen Union und den Freien Demokraten gestellten Regierung eingeleitet. Der Kanzlerkandidat Helmut Kohl kündigte darüber hinaus 1982 auch eine „geistig-moralische Wende“ an. Sie erinnert an die „gesellschaftspolitische Ergänzung“ als zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft von Alfred Müller-Armack sowie an die „formierte Gesellschaft“ von Ludwig Erhard.

4.1 „Neue soziale Frage“

Mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus“ geht der Stilgedanke der Sozialen Marktwirtschaft für eine „neuartige Synthese“ zwischen Freiheit und Sozialismus, Kapitalismus und Sozialismus wieder verloren. Die „bewusst sozial gestaltete Marktwirtschaft“ (Müller-Armack 1966, S. 10) reduziert sich auf eine „neue soziale Frage“. Sie ist ein Aufruf zur Stärkung der Stellung des Einzelnen als oberstes Ziel der Gesellschaftspolitik. „Vorrangige Aufgabe des Staates ist es, die öffentlichen und privaten Rechte des Bürgers zu schützen“. Der Staat habe „nicht die Aufgabe, für die Bürger eine Unzahl wirtschaftlicher Dienstleistungen zu erbringen“ (Mannheimer Erklärung der CDU 1975, vgl. Liese 1976, S. 125 ff.).

Dahinter steckt auch die Überzeugung, dass „viele Aufgaben, die heute vom Staat wahrgenommen werden, besser und billiger durch private Träger gelöst werden können“. Schlagworte wie Entsozialisierung, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Beseitigung sozialer Hängematten, Sozialklimbim, Vollkasko-Mentalität, Konzentration

auf soziale Randgruppen kennzeichnen die Blickrichtung. Über eine ausgewogenere Verteilung sozialer Lasten und Leistungen, eine Verbesserung des Einsatzes öffentlicher Mittel ließe sich unter dem Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft diskutieren, aber es darf dies kein Vehikel sein, um die soziale Steuerung wieder in Frage zu stellen und damit das Paradigma einer „bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft“. Die „neue soziale Frage“ wird dann zu einem Wegbereiter einer „neuen Sozialen Marktwirtschaft“, die sich nur noch des erfolgreichen Schlagworts bedient, wie Alfred Müller-Armack beklagte.

4.2 Theoriedefizit der Sozialen Marktwirtschaft

In einem weit verbreiteten Lehrbuch der Wirtschaftspolitik lernen die Studenten am Modell der Marktwirtschaft oder der „freien Marktwirtschaft“, dass Soziale Marktwirtschaft nur ein „Pleonasmus“ sei, ein „weißer Schimmel“, denn der Markt sei schon von sich aus sozial (Woll 1992, S. 85). Die „freie Marktwirtschaft“ stört aber nicht. Denn frei ist die Marktwirtschaft gemäß Definition eher als sozial. Auf derselben theoretischen Grundlage fußt die zynische Aussage eines angesehenen Ökonomen 1985, dass die Soziale Marktwirtschaft mit einem Geburtsfehler behaftet sei, nämlich dem Attribut „sozial“ (Gutowski und Merklein 1985). Unbekümmert kann so die wirtschaftliche Leistung unter dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft der Marktwirtschaft ohne Attribut zugerechnet werden. Das Wirtschaftswunder wird bereits beim bloßen Übergang zu marktwirtschaftlichen Prinzipien prognostiziert.

Parteipolitische Strategen oder im Denken ineinander feindlichen alternativen Systemen geschulte „Ordnungstheoretiker“ von links und von rechts versuchen, die Ergebnisse der Sozialen Marktwirtschaft je nach Blickrichtung entweder auf die staatliche Aktivität zurückzuführen oder auf die Selbststeuerung der Marktwirtschaft. Bei unerwarteten Entwicklungen verleitet dann die jeweilige „System-Logik“ zu mehr Markt oder zu mehr Staat. Der Anteil der Staatsausgaben am Sozialprodukt, auch als Staatsquote bezeichnet, wird zu einem volkswirtschaftlichen Effizienzkriterium. Das äußert sich im Wahlkampf zum Bundestag 1982 bis 1986. Parteiprogramme versprechen entweder eine kleinere oder eine größere Staatsquote. In der Wirklichkeit der Sozialen Marktwirtschaft, aber auch in der Wirklichkeit aller an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierten „Misch-Systeme“ ist weder Markt noch Staat das die volkswirtschaftliche Leistung erzeugende Element, sondern die Mischung von beiden bestimmt die volkswirtschaftlichen Ergebnisse. Es bedarf deshalb zu einer realistischeren Beschreibung der Wirklichkeit der Anerkennung der Sozialen Marktwirtschaft als eigenständiger „dritter Weg“.

Das logische Denken in dem einen oder dem anderen System zwingt empirische Ergebnisse in ein ordnungstheoretisches Korsett ohne Bezug zur Realität. Um das zu vermeiden, muss das in der Wirtschaftstheorie verbreitete Konstruieren von Wirtschaftssystemen nach alternativen Prinzipien – Individual- oder Sozialprinzip – abgelöst werden durch die Abgrenzung von Systemen nach ihrer Leistung und der ihr zugrunde liegenden Struktur (Blum 1983). Dann erhält die Selbststeuerung oder Selbstorganisation über Märkte und der staatliche Eingriff als Globalsteuerung im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz das angemessene Gewicht. Es gibt Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung, in denen einmal ein Steuerungsimpuls in Richtung mehr und ein anderes Mal in Richtung weniger Staat der Zielerreichung dient. Die Alternative heißt nicht mehr oder weniger Markt oder Staat, sondern besserer Staat und besserer Markt. Diese Einsichten hätten den „neuen Bundesländern“ nach der Wende 1989 helfen können, in kürzerer Zeit mit dem Übergang zur Marktwirtschaft „blühende Landschaften“ zu erreichen und das Vertrauen in marktwirtschaftliche Prinzipien zu erhalten.

5 Übergang zur marktwirtschaftlichen Ordnung in den neuen Bundesländern

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung legte 1990 ein Sondergutachten vor „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten“ (Sachverständigenrat 1990).

5.1 Keine Theorie und Empirie

Die fünf Weisen klagten unter Berufung auf die Wirtschaftswissenschaft über das Fehlen einer „Theorie der Systemtransformation“ und praktischer Erfahrungen zur Gestaltung des Übergangs zur Marktwirtschaft (Sachverständigenrat 1990, S 6, Ziffer 10). Das erstaunt in theoretischer und empirischer Perspektive. Zunächst wussten die Wirtschaftstheoretiker schon immer, dass die sozialistischen Systeme wegen mangelnder Effizienz zum Untergang verurteilt waren. Die beklagte fehlende praktische Erfahrung ließe sich bei historischer Offenheit wenigstens für das eigene Land mit einem Blick in die Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft gewinnen. Es gab auch Wirtschaftswissenschaftler, die dies taten (Oppenländer 1992, Hermann-Pillath 1992, Sinn 1992, Blum 1994).

Die Theorie der Wirtschaftspolitik begründete für Eingriffe in die Wirtschaft eine „Politik der kleinen Schritte“, um „große Irrtümer“ und bruchartige Entwicklungen, gar Revolutionen, zu vermeiden. Offenbar galt das – wegen des marktwirtschaftlichen Vorurteils (Paradigmas) „keine Wirtschaftspolitik ist die beste Wirtschaftspolitik“ – nur für

Veränderungen in der Marktwirtschaft (Blum 1983, S. 179 ff.). Denn sie ist ja als beste Organisationsform der Wirtschaft von der Wirtschaftswissenschaft ausführlich beschrieben worden. Für den Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft ergibt sich daraus, dass es am besten ist – denn Irrtum ist ausgeschlossen – mit einem Schock (crash) zu beginnen. Der Bundeswirtschaftsminister fand dafür die knappe Regel „hart, brutal, aber dafür auch kurz“ (vgl. Mittelstands-Informationen des BDI, November 1990). Nur die Ausmerzungen der alten sozialistischen Strukturen kann offenbar einen erfolgreichen Start der Marktwirtschaft garantieren. Wenn es nicht überzeugend geschieht, bleibt immer noch der Rückzug auf die Erklärung, marktwirtschaftliche Prinzipien seien nicht konsequent genug umgesetzt worden. Es existieren ja auch noch die Köpfe, in denen sozialistischer Geist verankert ist. Mit ihm kann es aber keine erfolgreichen Unternehmer für eine Marktwirtschaft geben.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ verkündete bereits kurz nach der Wende (28.11.89): „Es gibt keinen dritten Weg zwischen Plan und Markt“, dass es keinen dritten Weg geben könne. Dabei offenbarte das Blatt geringe Einsicht in die Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Denn es wurde nicht ganz klar, ob ein dritter Weg zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft, Kapitalismus und Sozialismus oder ein dritter Weg zwischen Sozialismus und Sozialer Marktwirtschaft gemeint war. Die letzte Alternative wirft die Frage auf, ob selbst der Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft noch eine Zwischenphase braucht, in der nicht erwünschte sozialistische Elemente bestehen bleiben. So geschah es ab 1948 beim Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft, wie sich zeigte. Wenn die Wirtschaft für das geforderte Engagement in den neuen Bundesländern mit besonderen Vergünstigungen und Prämien belohnt wird, so wäre das auch eine Übergangsphase. Ordnungstheorie und Praxis geraten da leicht durcheinander.

5.2 Mangel an „Wirtschaftspolitik aus einem Guss“

Um gegen die Interventionen der Interessengruppen gewappnet zu sein, bestand Ludwig Erhard auf einer „Wirtschaftspolitik aus einem Guss“. Sie ist nicht als Schock zu realisieren. Denn wie die Erfahrung mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in den alten Bundesländern zeigte, bedient sich die Wirtschaft zwar schnell gewonnener Freiheit, wehrt sich aber, wie Ludwig Erhard klagte, gegen die Durchsetzung der notwendigen Wirtschaftsordnung. Das belegt auch die Vereinigung mit der ehemaligen DDR.

Der Präsident des Bundeskartellamts, Vollstrecker des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, des Grundgesetzes der deutschen Wirtschaftsordnung, wie es gern genannt wird, musste sich von der Wirtschaft Ermahnungen gefallen lassen, auf die Übernahme von früheren DDR-Monopolbetrieben, vor allem im Banken- und Versiche-

rungsbereich sowie im Handel, nicht mit „wettbewerbpolitischem Dogmatismus“ zu reagieren und die Anstrengungen großer Unternehmen der Bundesrepublik zu behindern, in der ehemaligen DDR so schnell wie möglich den wirtschaftlichen Neubeginn durchzusetzen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) drängte dagegen in einem 1990 veröffentlichten „Manifest zur deutschen Einheit“ (Süddeutsche Zeitung vom 2./3.10.1990, S. 33), den ökonomischen Gesundungsprozess „ordnungspolitisch konsequent“ in Angriff zu nehmen und auf „marktwidrigen Pragmatismus“ bei der Bewältigung des Strukturwandels zu verzichten. Strukturwandel im „ordnungspolitischen“ Zusammenhang heißt vor allem, das im Sozialismus entstandene Kollektiveigentum so schnell wie möglich in private Hand zu geben. Dazu diente die eigens dafür gegründete Holding „Treuhand AG“. Sie wurde die größte Holding der Welt genannt, denn sie übernahm das Vermögen eines Staates. Das einzige Ziel war die Privatisierung in wenigen Jahren.

Die Präsidentin der „Treuhand AG“ ersetzte die marktwirtschaftliche Devise „keine Wirtschaftspolitik ist die beste Wirtschaftspolitik“ durch den Leitspruch „Beste Sanierung ist Privatisierung“. Die Erwartungen, die offenbar daran für den wirtschaftlichen Erfolg geknüpft wurden, erinnern an die Euphorie beim Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft im Jahre 1949: „Blühende Landschaften“ in wenigen Jahren versprach der Bundeskanzler der hoffnungsvollen Bevölkerung in Ost-Deutschland. Sie musste sich dann später Ungeduld vorhalten lassen, weil sich bald abzeichnete, dass die Erwartungen unerfüllbar waren. Die Erinnerung an die Erfahrungen beim wirtschaftlichen Aufbau der alten Bundesrepublik fand sich dann wieder: Dreißig Jahre hätten die Bundesbürger warten und hart arbeiten müssen, bis der Wohlstand sich einstellte. Das ist eine Übertreibung in der anderen Richtung. Denn bereits nach 10 Jahren sprach die Welt vom „deutschen Wirtschaftswunder“.

5.3 Treuhand AG als „marktwirtschaftliche Planbehörde“

Bei der Privatisierung erfüllte die Treuhand AG das Plansoll. Unverkäufliche Reste der „Konkursmasse“ übernahm eine neue Gesellschaft. Die Verluste tragen die bei der Privatisierung leer ausgegangenen Bürger und Steuerzahler. Die Begünstigten zahlen wenig oder keine Steuern. Der Staat häufte dagegen in Sonderfonds, und damit vor dem öffentlichen Haushalt versteckt, neue Schuldenberge an. Vergleicht man den Ablauf – was bei einer Holding nahe liegt – mit einem Konkurs- oder Insolvenzverfahren in der privaten Wirtschaft, so könnte der Konkursverwalter sich strafbar gemacht haben. Denn er ist verpflichtet, mit der Konkursmasse ökonomisch vernünftig umzugehen und sie so gut wie möglich zur Fortsetzung des Geschäfts zu nutzen und damit Arbeitsplätze zu erhalten. Dagegen schien das neue Management sich, ähnlich dem im Westen, bei der

Effizienz daran zu orientieren, wie viele Arbeitsplätze „wegrationalisiert“ werden konnten.

Der Absturz der Produktion und der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit wurden in der Hoffnung auf schnell steigende „marktwirtschaftliche Effizienz“ hingenommen. Das westdeutsche gut ausgestattete Sozialsystem übernahm die Versorgung der nicht mehr im Arbeitsprozess befindlichen Menschen mit dem notwendigen – arbeitslosen – Einkommen gemäß den westdeutschen Maßstäben. Die westdeutschen Versicherten trugen und tragen sogar zusätzlich, wie von Sozialpolitikern besorgt kritisiert, „politische Eingliederungslasten“ außerhalb des Leistungskatalogs der Sozialversicherung. Damit diente die Sozialpolitik zur Kompensation von – hingenommenen – Kosten der „Sanierung als Privatisierung“. Genau das aber wollte die Soziale Marktwirtschaft als „bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ verhindern und damit etwas anderes garantieren als bloße kompensierende Sozialpolitik im herkömmlichen Sinn.

Was wäre außerdem bewegt worden mit den freigesetzten gut qualifizierten Arbeitskräften, wenn nicht Lohnersatz gezahlt, sondern genügend für das private Kapital nicht profitable Arbeit angeboten würde. Die jährlichen Milliardenbeträge für „Lohnersatz“ hätten in einen staatlichen Fond nach dem Vorbild von Ludwig Erhards „Deutschem Gemeinschaftswerk“ eingebracht werden können (Blum 1994 und 1996). In der heruntergekommenen Infrastruktur der ehemaligen DDR gab es genug zu tun. Stattdessen wartete ein Heer von Arbeitslosen auf private – westliche – Investoren und konsumierte mit westlichen Sozialgeldern westliche Produkte. Wenn die westdeutsche Wirtschaft nach 1945 erst demontiert worden wäre und dann mit vielen Arbeitslosen auf private Investoren gewartet hätte, würde das Wirtschaftswunder sich nicht so schnell eingestellt haben. Die einfache Regel „Sanieren durch Privatisieren“ blieb der jungen Bundesrepublik erspart.

5.4 Keine Garantie für marktwirtschaftliche Struktur durch Privatisierung

Mit der Privatisierung entstand formal ein ordnungspolitisches Grundelement der Marktwirtschaft. Dem aber noch wichtigeren Unternehmertum in Handwerksbetrieben und mittelständischen Unternehmen wurde nur begrenzt der Boden bereitet. Hinter der vorgehaltenen Hand hört man die Klage, die ostdeutschen Bürger seien dreimal enteignet worden: Zuerst von der russischen Besatzungsmacht, dann von der DDR durch Schaffung von Kollektiveigentum und schließlich nach der Wende durch Auslieferung des Kollektiveigentums als Eigentum aller ehemaligen DDR-Bürger an die westdeutschen oder westlichen Kapitalisten. Die Manager der Treuhand AG hatten sicher den richtigen marktwirtschaftlichen Geist, aber nicht den richtigen Ordnungssinn. Denn zur

Sanierung gehört auch die Kontrolle über die Wirksamkeit der Maßnahmen, über die Einhaltung von gesetzlichen Regeln und Vorschriften sowie über die Grundsätze nach „Treu und Glauben“, an die der Name „Treuhand“ erinnert. An der Kontrolle mangelte es sicher. Deshalb fanden Manipulationen jeder Art offene Türen. Nicht zufällig geriet selbst der Ministerpräsident eines ostdeutschen Landes ins Zwielflicht. Die Regierung des um die Einheit Deutschlands hoch verdienten Bundeskanzlers Kohl scheiterte letztlich an nicht aufzuklärendem Geldzufluss aus „Provisionen“ im Zusammenhang mit Privatisierungsobjekten. Die neuen Bundesländer boten sich so dem „schmutzigen Geld“ aus der ganzen Welt als willkommene „Waschanlage“ an.

Die für eine funktionsfähige Marktwirtschaft als notwendig vorausgesetzte marktwirtschaftliche Struktur mit ihren vielen kleinen und mittleren Unternehmen geriet bei der stürmischen Privatisierung offenbar ins Hintertreffen. Sie haben – vor allem als „bodenständige Unternehmer“ – geringere Chancen in Konkurrenz zu kapitalkräftigen „West-Investoren“. Die schockartig umgesetzte marktwirtschaftliche Ordnung führte sowohl beim Wettlauf um Grund und Boden als auch bei Miete oder Pacht von Gewerbeflächen zur Durchsetzung der kapitalkräftigsten Bieter. Während Großunternehmen international durch größere Organisation überleben, müssen mittelständische Unternehmen aufgeben, wenn sie in diesem weltweiten Organisationsprozess keine „Marktlücke“ finden, einen Platz als „Hoflieferant“ eines großen Konzerns oder als „Platzhalter“ eines großen oder kleinen westlichen Investors. Das Warten auf ihn diente als gern gebrauchte Entschuldigung für Tatenlosigkeit. Dabei erkannte der gesunde Menschenverstand Aufgaben genug, die schon allein durch Organisation der reichlich vorhandenen Arbeitskräfte in Angriff genommen werden konnten, ohne ihnen ein „arbeitsloses Einkommen“ als „Lohnersatz“ zu zahlen.

Schaut man sich um in kleinen, mittleren und großen Städten – als Reisender vornehmlich in der Gastronomie, einer Domäne des Mittelstands –, so findet man sicher selbstständige Familienbetriebe, aber häufig mit italienischen oder chinesischen Betreibern. Die wenigen in der DDR noch vorhandenen Gastwirtschaften und Kneipen schafften den Sprung in die Marktwirtschaft selten, so wird dem neugierigen Reisenden berichtet. Mag sein, dass so ein sehr einseitiges Bild entsteht, aber allein die Tatsache, dass es vermittelt wird, gibt einen Situationsbericht. Das gilt auch für das folgende Beispiel: Ein Traditionsgasthaus in einer Stadt am Marktplatz in zentraler Lage ging über an eine „Allbau GmbH“, dann an eine „Allconcept GmbH“. Das weitere Schicksal erwähnte die Speisekarte nicht. Ihre Aufmachung und dauerhafte Speisenfolge ließ aber auch die Vermutung zu, dahinter eine „Allgastro GmbH“ zu suchen. Ein Hinweis, wie in mittelständischen Lokalen üblich, auf die Besitzer oder Eigentümer, den Pächter oder den

stets um das Wohl der Gäste bemühten Koch fehlte. Entsprechend lieblos waren Service und Speisen.

5.5 Mangelnde Eignung des deutschen Weges für andere Länder

Die Stimmung der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber dem Transformationsprozess lässt sich an einem Beispiel charakterisieren: Im ersten Jahr nach der Wende wurde beim Hinweis auf große Fabriken und Industrieanlagen hoffnungsvoll bemerkt „in Rekonstruktion“. Ein bis zwei Jahre später hieß es „niedergewalzt, niedergewalzt“. Diese Enttäuschung führte dann dazu, das Heil wieder in der Zuwendung zu sozialistischen Lösungen zu sehen. Das anfängliche Vertrauen in die Marktwirtschaft versiegte. Die Wahlerfolge der PDS, der Nachfolge-Partei der ehemaligen Sozialistischen Einheitspartei, SED, signalisieren deutlich, dass die Chance verpasst wurde, mit der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur Vertrauen in die marktwirtschaftlichen Prinzipien zu erhalten und zu befördern, sondern auch ein neues „deutsches Wirtschaftswunder“ zu bewirken.

Diese Erfahrung lehrt, dass es auch oder gerade für marktwirtschaftliche Denker nützlich ist, aus der Geschichte zu lernen. Die neuen Bundesländer sind kein Einzelfall. Auch in anderen ehemals sozialistischen Ländern lassen sich vergleichbare Entwicklungen beobachten. Deutschland verleitete auch zu schockartigen Lösungen, ohne dass „Brüder und Schwestern“ zur Verfügung standen, die mit großzügigen Zuweisungen staatlicher Mittel Fehlentwicklungen zudeckten oder milderten. Dem Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft entspricht es nicht, die Menschen Schocks auszusetzen, damit sie schneller lernen, neue Prinzipien aufzunehmen und umzusetzen. Nur die Prinzipien erzeugten auch nicht das Wirtschaftswunder, sondern die geschickte Verbindung von Marktwirtschaft und „sozialer Steuerung“. Dabei kann es zur Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität durchaus nützlich sein, in einer Phase mehr Markt, in einer nächsten mehr „soziale Steuerung“ zuzulassen, einmal „Marktwirtschaft von links“, einmal „Marktwirtschaft von rechts“.

Allerdings könnte der Sozialen Marktwirtschaft zukünftig Stoßkraft fehlen. Denn eine sozialdemokratische Regierung bietet nicht die auch vom Wähler durch Veränderung der Regierungsmehrheit erwarteten Alternativen. Es findet ein Ringen um die Besetzung der „neuen Mitte“ statt. Die erneute Berufung auf einen „dritten Weg“ mündet nicht in neue Alternativen, sondern in eine Demonstration, dass auch Sozialdemokraten etwas von Wirtschaft allgemein und von Marktwirtschaft im Besonderen verstehen. So gelingt ihnen etwas, wozu sich die Oppositionsparteien nicht trauten, nämlich der Einstieg in die Privatisierung der Sozialversicherung und die Arbeitsvermittlung durch private Agenturen. Auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung übernimmt so

die aus den marktwirtschaftlichen Prinzipien abgeleitete Regel „Sanieren durch Privatisieren“.

Der Stilgedanke der Sozialen Marktwirtschaft erweist sich, wie die dargestellten Erfahrungen demonstrieren, sehr gestaltungsfähig. Es bedarf auch bei der weiteren Ausgestaltung keiner „neuen Sozialen Marktwirtschaft“. Die Orientierung an „rechts oder links“ verliert allerdings ihre Konturen. Entscheidend ist nicht Prinzipientreue, sondern ein geschärftes Bewusstsein für neue Probleme und Herausforderungen sowie für die Wirklichkeitsnähe von Prinzipien. Der „Ordo-Gedanke“ der Katholischen Soziallehre weist da einen aus Erfahrung von Jahrhunderten gewonnenen Weg, an dem sich Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft orientierten. Die aufgezeigten Entwicklungen unter dem Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft rufen nicht nach mehr Markt oder mehr Staat, sondern nach konsequenterer Orientierung an der – alten – Sozialen Marktwirtschaft. Sie diene dazu, Markt und Staat besser zu machen statt größer oder kleiner.

Die neuen Herausforderungen, die sich auf Arbeitslosigkeit und Globalisierung konzentrieren, sind gut geeignet, Sackgassen aufzuzeigen, die das marktwirtschaftliche Denkmodell immer wieder in einem dialektischen Prozess erzeugt und bei unerwarteten Entwicklungen zu der Schlussfolgerung neigt, es liege alles nur daran, dass die marktwirtschaftlichen Prinzipien nicht konsequent genug durchgesetzt wurden.

6 Arbeitslosigkeit: Globalisierung des alten Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital

Obgleich zwei Drittel der Welt trotz Grund und Boden, um sich mühsam zu ernähren und nicht selten trotz reicher Bodenschätze, in Armut leben, gibt es Millionen Arbeitslose, zunehmend auch in reichen Industrieländern. Die Beurteilung dieser Situation durch als kompetent geltende Politiker und Wirtschaftswissenschaftler ist bemerkenswert. So bereiste ein ehemaliger Wirtschaftsminister zum ersten Mal die Entwicklungsländer. Er gab dort ein Interview über seine Eindrücke: Die Löhne seien immer noch zu hoch, es gebe so viele Arbeitslose. Umgehend kam zu Hause die Reaktion eines Gewerkschaftsführers: Diese Folgerung beweise nur, dass die Theorie nichts taue, aus der folgt, dass selbst „Hungerlöhne“ noch nicht reichen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Ein gern benutztes Beispiel in der Wirtschaftswissenschaft, das demonstrieren soll, es handle sich bei Arbeit auch nur um ein Gut, ist der Wochenmarkt. Bei Arbeitslosigkeit sei es wie beim Obst. Wenn etwas liegen bleibe, sei der Preis zu hoch. Jeder Markt werde geräumt, wenn nur der Preis niedrig genug sei. Auch dieses Denken wird globalisiert. Arbeit nach diesem Denkmuster einem „fiktiven Welt-Arbeitsmarkt“ zu überlassen, wie

in den genannten Beispielen, offenbart die Unbrauchbarkeit des Denkansatzes international und auch national.

6.1 Arbeit im marktwirtschaftlichen Denkmodell

Arbeit und Kapital sind die wichtigsten Produktionsfaktoren zur Erstellung der volkswirtschaftlichen Leistung. Wenn Arbeit im Verhältnis zum Kapital zu teuer ist, wird sie verdrängt und umgekehrt. Arbeit, „Erwerbsarbeit“, ist für die meisten Menschen die einzige Möglichkeit, Einkommen zu erwerben, mit dem Güter außerhalb der häuslichen Produktion, wie in Entwicklungsländern noch von Bedeutung, erworben werden können. Der technische Fortschritt durch „industrielle Revolution“ bewirkte, dass immer mehr Güter durch Einsatz von immer weniger Arbeit erzeugt werden. Die Volkswirtschaft müsste somit immer schneller wachsen, um genügend Arbeitsplätze anzubieten. Aber damit wäre auch weiterer technischer Fortschritt verbunden, der wiederum die Produktivität der Arbeit erhöht und Arbeit immer weiter freisetzt. Er wird zum „job killer“, zum Vernichter von Arbeitsplätzen. Damit geht aber auch Einkommen verloren, das das steigende Güterangebot nachfragt. Man könnte sagen, die List der Marktwirtschaft besteht darin, dass sie mit steigender immer effizienterer Produktion als Massenproduktion mit Hilfe des technischen Fortschritts auch steigendes Masseneinkommen für Massenkonsum erzwingt.

Die Folgerung aus dieser Einsicht fällt marktwirtschaftlichem Denken schwer. Schon die Kennzeichnung des technischen Fortschritts als „job killer“ und nicht als Schlüssel zu mehr Freiheit und Freizeit, gar zum Paradies als altem Menschheitstraum offenbart eine einseitige Sichtweise auf die Arbeit als Produktionsfaktor, der wie andere Güter auch gehandelt wird. Die Vision, Arbeitslosigkeit in der Volkswirtschaft nicht als Ineffizienz zu verstehen, sondern als Hinweis, dass die große Effizienz durch marktwirtschaftliche Organisation den Menschen ermöglicht, weniger zu arbeiten bei mehr Lohn und mehr Freizeit, verhindert das marktwirtschaftliche Denkmodell (Blum 1996). Der Liberalismus – vom Wirtschaftsliberalismus als „geistigen Überbau“ der Marktwirtschaft zu unterscheiden – schuf mit zunehmender Demokratisierung, Bildung von politischen Parteien und Gewerkschaften auch „soziale Steuerung“ zugunsten der Arbeitnehmer als Antwort auf die im Laufe der „industriellen Revolution“ entstandene „soziale Frage“.

Der mündige Bürger ist nicht mehr bereit, bei Fehlentwicklungen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes allein zu vertrauen und erinnert sich seiner Macht als Stimmbürger. Daraus entstand gerade in freien Gesellschaften – gern als freiheitlich-demokratische Ordnung umschrieben – der Wohlfahrtsstaat. Wer ihn kritisiert, neigt

auch dazu, wie sich zeigte, die Demokratie als „Diktatur der Mehrheit“ abzuwerten. Marktwirtschaftliche Rationalität gerät so immer wieder in Konflikt zur vom mündigen Bürger gestalteten Politik. Das ist der Hintergrund für die erwähnten „ordnungspolitischen Probleme“. Die Vorstellung einer „formierten Gesellschaft“, die sich über die alltäglichen Sorgen hinaus um die Prinzipien scharf sowie um gemeinsame Ziele und Aufgaben für die Gesellschaft, ist ein wichtiges Element demokratischer Entscheidungen. Die moderne Massenkommunikation bietet Möglichkeiten solcher „Formierung“. Die Väter unseres Grundgesetzes entschieden aber, die elektronischen Massenmedien, die nur durch kollektive Organisation weltweit wirksam sind, in „öffentlichen Anstalten“ zu organisieren, um die Meinungsvielfalt durch öffentliche Kontrolle demokratischer Gremien zu garantieren. Dann ist es kein schlechtes Zeichen, wenn die öffentlichen Massenmedien einmal von rechts und einmal von links verdächtigt werden, parteiisch zu sein.

Die Zulassung des von privatem Kapital bzw. nur aus Reklame finanzierten Rundfunks und Fernsehens verschiebt die Gewichte zugunsten von Wirtschaft und Kapital. Die Erwartung, Unternehmen auf kommerzieller Basis könnten im Wettbewerb mit den öffentlichen Anstalten mehr Vielfalt garantieren, ist verflogen. Es bilden sich global operierende Mediengiganten. Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Ordoliberalismus warnten bereits vor den „Meinungsmonopolen“ als Pendant zu den Monopolen beim Angebot von herkömmlichen Gütern. Die Globalisierung durch Freihandel auch mit Dienstleistungen aller Art unterstützt diesen Prozess.

Dieser Entwicklung mag es zu verdanken sein, dass die marktwirtschaftlichen Rezepte zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit weltweite Verbreitung finden. Selbst eine Regierung der Sozialdemokraten wie in Deutschland und Großbritannien entwickelt keine Alternativen mehr. Die „hohen Arbeitskosten“ gelten als Bedrohung der deutschen Wirtschaft, des „Standorts Deutschland“. Diese nationale Perspektive in der Globalisierungsdiskussion ignoriert selbst die Europäische Union als neuen gemeinsamen Standort. Das ist bemerkenswert. Der „Standort Deutschland“ soll dem Kapital – gern als „scheues Reh“ charakterisiert – attraktive Investitionsmöglichkeiten bieten, die Arbeitsplätze erhalten oder gar schaffen. Das gelingt aber in dem Denkmodell nur, wenn die Arbeitskosten die Anziehungskraft des Standorts nicht gefährden. Die Globalisierung zwingt die Arbeitnehmer wegen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in einen Wettbewerb um niedrige Löhne und „Lohnnebenkosten“, eine Umschreibung für die Kosten der sozialen Sicherheit. Das erzeugt Widerstand der sich betroffen fühlenden Bürger als Stimmbürger. Sie verschieben das politische Gewicht zugunsten des Wohlfahrtsstaats. Dieser Prozess ist ein wichtiger Kern des beklagten „Reformstaus“ in Deutschland.

Beim internationalen Vergleich geraten allerdings selbst der empirischen Analyse verpflichtete Wirtschaftswissenschaftler in Streit darüber, ob die „Arbeitskosten“ die im marktwirtschaftlichen Modell behaupteten Wirkungen überhaupt haben. Der eine macht die internationale Spitzenstellung Deutschlands bei den Lohnkosten für die Arbeitslosigkeit verantwortlich (Sinn 2001, S. 351 ff.). Der andere nennt die Betonung der Arbeitskosten mit ihrem sozialen Netz eine „provokante Schlussfolgerung“, die sich nur ergibt „aus einer überaus vereinfachten Darstellung der komplexen Zusammenhänge“ (Zimmermann 2001, S. 359 ff.). Niemand spricht zudem von hohen Kapitalkosten. Denn der Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtkosten geht dank des technischen Fortschritts immer weiter zurück. Die Manager transnationaler Unternehmen – selbst im letzten Krisenjahr mit fürstlichen Honoraren in zweistelliger Millionenhöhe ausgestattet – verkünden ohne Scheu vor einer kritischen Öffentlichkeit und kritischen Medien, es sei das Ziel der Unternehmenspolitik, 10 bis 15% Rendite auf das eingesetzte Kapital zu erwirtschaften – teilweise bezogen auf den Gewinn nach Steuern. Der globalisierte Markt und der scharfe internationale Wettbewerb um das Kapital erzwingt dies.

Diese Argumentation ist nicht gerade eine Ermunterung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaftsvertreter, bescheiden zu sein. Die Arbeitgeber beginnen auch in dem gegenwärtigen „Tarifkampf“ wieder bei der Forderung nach einer „Null-Runde“ und der Anmahnung von weiteren Reformen im sozialen Netz. Willkommener Anlass ist die beträchtlich gestiegene Arbeitslosigkeit auf über 4 Millionen, das sind 10%, 19% sogar in den neuen Bundesländern. Dramatisieren lässt sich das im Wahljahr, weil ein zu machtbewusster Bundeskanzler bei Regierungsantritt verkündete, er wäre ein Versager, wenn er die Arbeitslosigkeit nicht auf 3,5 Millionen drücken könnte. So entsteht im Wahlkampf für den Bundestag 2002 bis 2006 eine Hektik in möglichst vielen Bereichen, in denen jetzt und nach der Wahl noch etwas getan werden müsste oder sollte. Hauptstoßrichtung ist, mehr Druck auf die Arbeitslosen auszuüben, auch weniger attraktive Arbeit anzunehmen. Unvoreingenommene Überlegungen werden überschattet von der Vorurteile nährenden Erklärung des Bundeskanzlers, es gebe „kein Recht auf Faulheit“. Wie faul muss eigentlich das Kapital sein, wenn es erst durch 10-15% Rendite nach Steuern, Schutz des Wirtschaftsstandorts Deutschland und internationalen „Investitionsschutzabkommen“ aus der Reserve zu locken ist.

Das marktwirtschaftliche Denkmodell schafft so auch ein ethisches Problem. Während Arbeitnehmer bei bescheidenem Lohn und weniger sozialer Sicherheit mehr arbeiten sollen, wollen die Kapitalgeber nur zusätzliches Kapital bereitstellen, wenn es mehr Gewinn ermöglicht und weniger Steuern sowie ein sicherer Wirtschaftsstandort garantiert sind. Folgt man aber dem Denkmodell konsequent weiter, so wären niedrige oder bescheidene Löhne wenig Anreiz, die relativ billige Arbeit durch Kapital zu ersetzen.

Damit würde auch der weitere technische Fortschritt gemindert, der über neue Investitionen in die Wirtschaft kommt. Denn hohe Löhne, so wird auch argumentiert, zwingen die Unternehmen zu noch mehr technischem Fortschritt und damit zur Einsparung von Arbeit. Ähnlich fortschrittshemmend wäre dann auch die immer wieder zu hörende Forderung nach mehr und längerer Arbeitszeit. Bei 10% Arbeitslosigkeit ist das – auch wenn ein Abschlag von 1–2% für die behaupteten Faulen gemacht würde – ohnehin kein überzeugendes Argument.

6.2 Mittelständische Unternehmen als Arbeitsbeschaffer

Wenn die Großunternehmen Arbeit freisetzen, dann wird die mittelständische Wirtschaft zum wichtigsten Hoffnungsträger für mehr Arbeitsplätze. Mittelstandspolitik ist seit jeher ein Aushängeschild marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik. Die Konkursraten werden gegenwärtig ähnlich wichtig in der politischen Argumentation wie die Aktienkurse. Dabei gerät in Vergessenheit, dass Marktwirtschaft sich Flexibilität und Effizienz dadurch erhält, dass nicht mehr so effiziente Unternehmen ausscheiden und neue, effizientere hinzukommen. Höhere Konkurs- bzw. Insolvenzraten müssten also größere Flexibilität und damit größere volkswirtschaftliche Effizienz signalisieren. Großunternehmen erhalten und schaffen sich dagegen ihren Markt durch bessere und größere Organisation – unter Einbeziehung der politischen Entscheidungsträger. Die Berufung auf Wettbewerb und Markt droht zur Ideologie zu werden. Wenn eine kritische Größe erreicht ist, hilft die Politik – wegen der Erhaltung der Arbeitsplätze. Dem Konkurs ausgeliefert sind so vornehmlich kleine und mittlere Unternehmen. Sie tragen – in der Theorie – doppelte Verantwortung, die für marktwirtschaftliche Strukturen und die für Vollbeschäftigung der Arbeit.

Deshalb nährt in marktwirtschaftlicher Perspektive sogar eine Selbstorganisation der Armen in den Slums der Welt die Erwartung, dass sich neuer „Reichtum von unten“ entwickelt, gerade weil sich der Staat nicht einmischt (de Soto 1989, Zimmer 1995). Das widerspricht der bisherigen Erfahrung, nach der die Herstellung marktwirtschaftlicher Strukturen durch Wirtschaftsordnungspolitik des Staates hervorging, sowie dem großen Gewicht der Mittelstandspolitik. Mittelständische Unternehmen überleben aber auch dadurch, dass sie zu Tausenden „Hoflieferanten“ von Großunternehmen sind – mit strenger Einbindung in deren Unternehmensplanung und -strategie. Das führt dazu, dem Standort der Großunternehmen zu folgen, auch ins Ausland. Eine Führungsrolle bei der Gestaltung der Zukunft durch Märkte ist somit von der Vielzahl der kleinen und mittleren Unternehmen als Säulen der Marktwirtschaft im Globalisierungsprozess nicht zu erwarten. Das gilt auch für die erwartete Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Argumentation bei den mittelständischen Unternehmen als Hilfe gegen Arbeitslosigkeit läuft am Beispiel Deutschlands etwa folgendermaßen: Sie beschäftigen beinahe 70% der Arbeitnehmer, bilden 70% der Lehrlinge aus. Was unbeachtet bleibt ist die Tatsache, dass diese Betriebe den hohen Anteil an den Beschäftigten in der Volkswirtschaft mit knapp oder weniger als 50% des in der Volkswirtschaft verdienten Volkseinkommens mit einem dem wachsenden Lebensstandard angepassten Einkommen versorgen müssen. Zusätzlich sind auch noch die Kosten der sozialen Sicherung an den Arbeitslohn gebunden. Die weniger arbeitsintensiven Unternehmen der Großindustrie sind die Nutznießer. Das trifft auch zu für die staatliche Förderung der Investitionen. Der Anteil der mittelständischen Unternehmen liegt hier bei etwa 30%.

6.3 Globalisierung als Wettbewerb um die niedrigsten Arbeitskosten

Die Globalisierungskampagne ohne begleitende Anstrengungen zur Schaffung einer Weltwirtschaftsordnung, z.B. gemäß dem Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft, lässt einen Wettbewerb weltweit entstehen, der zur Anpassung an niedrige Löhne, sowie soziale Sicherung, niedrige Umweltstandards, Steuern und sonstige Rahmenbedingungen führt, die in den einzelnen Nationalstaaten im Laufe ihrer Entwicklung entstanden. Das Verschwinden der Nationalstaaten, wie es die Propheten der Globalisierung voraussagen, begünstigt diesen Wettbewerb, ist aber kein unabwendbares Schicksal, sondern Folge einer bewussten „Entpolitisierung“ der Weltwirtschaft zugunsten der „global player“ in transnationalen Unternehmen nach dem Schlagwort deutscher Wahlkämpfe „mehr Markt, weniger Staat“. Prominente Wirtschaftstheoretiker liefern die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen: „Die wettbewerbliche Wirtschaft ist die Kraft der Veränderung, die Politik, sei sie demokratisch oder nicht, ist die Kraft der Beharrung und Bewahrung. Die Weltprobleme werden dadurch gelöst, dass man der Wirtschaft die Führungsrolle vor der Politik überlässt. Wenn unter dem Primat der Politik eine weitgehende Politisierung des Wirtschaftsgeschehens verstanden sein soll, dann kann dies nur in Stagnation, also letztlich in der Katastrophe enden“ (von Weizsäcker 1999, S. 123). Das ist eine neue Auflage des „Weges in die Knechtschaft“ von Friedrich von Hayek nach dem zweiten Weltkrieg, gedacht als Warnung vor „dritten Wegen“. Er machte vor allem in seinen späteren Werken auch kein Geheimnis daraus, dass er von der Demokratie nicht viel erwartete. Aus dieser Perspektive kann man nur besorgt in eine Zukunft schauen, in der „die Zwänge der Globalisierung Zwänge der Anpassung der deutschen Gesetzgebung an die globale Marktwirtschaft“ sind (BDI-Präsident Henkel, zitiert in von Weizsäcker 1999, S. 58). Der Freihandel – nicht einmal die umfassendere Marktwirtschaft – soll nach dieser „Logik der Globalisierung“ der „Nukleus einer Welt-Friedensordnung und einer Welt-Rechtsordnung“ sein.

Auch wenn es an der „Fiktion einer Weltregierung“ fehlt, gibt es die USA als dominierende Weltmacht zur Durchsetzung der „Logik der Globalisierung“. Der Führungsanspruch erhielt zusätzliches Gewicht durch den Zusammenbruch der sozialistischen Länder. Eine Soziale Marktwirtschaft oder auch nur ein „sozialer Freihandel“ erhält im amerikanischen Weltbild kaum eine Chance. Dagegen oder gerade deshalb mehren sich die Anzeichen für eine „Globalisierung der sozialen Frage“ – und damit des alten Klassenkampfes zwischen Arbeit und Kapital – durch einen neuen weltumspannenden „dialektischen Prozess“ – gegen Freihandel und Marktwirtschaft und für weltweite Solidarität und Gerechtigkeit.

6.4 Weltweite Proteste gegen die „global player“

Internationale Konferenzen können nur noch durch massiven Polizeieinsatz ruhig abgewickelt werden. Das „Weltwirtschaftsforum Davos“, wo sich die Machtelite der Welt mit ihren politischen und wissenschaftlichen Beratern in exklusivem Rahmen seit Jahren trifft, fand 2002 nicht in der Schweiz statt. Sie fühlte sich bei den immensen Sicherheitsanforderungen nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center in New York überfordert. Die Konferenz wich nach New York aus. Aber noch vor dem Anschlag organisierte sich weltweit aus Kritikern der Globalisierung ein „Welt-Sozialforum“. Es tagte zu Beginn des Jahres zum zweiten Mal in Porto Alegre/Brasilien. 60-70 000 engagierte Teilnehmer, vorwiegend aus „Nicht-Regierungsorganisationen“, nahmen teil. Sie verabschiedeten u.a. einen Protest gegen eine Freihandelsgemeinschaft in Nord- und Süd-Amerika, weil dies nur dazu diene, die Dominanz der Vereinigten Staaten zu festigen. Die selbstmörderischen Terrorangriffe auf das World Trade Center in New York dämpfen diese Proteste keineswegs, sondern liefern eine neue Rechtfertigung für den Kapitalismus als Wurzel allen Übels.

Dazu trägt auch bei, dass die USA ihren Anspruch auf Führung in der Welt zur Bekämpfung des Terrors auch mit der Demonstration militärischer Macht verbinden. Dies tun sie in einer Sprache, die Widerstand herausfordert. Die Ausrufung eines „Kreuzzugs gegen das Böse“ in der Welt nach amerikanischer Definition beansprucht Gefolgschaft. Hinzu kommt, dass der Wunsch „aufzuräumen“ in der Welt und mit ihren „Schurkenstaaten“ sich verbindet mit einer Ablehnung von internationalen Abkommen zur Durchsetzung der Menschenrechte (Internationaler Strafgerichtshof), zur Klimaverbesserung, zur Abrüstung und zur Ächtung von biologischen Waffen. Ohne Scheu wird vor der internationalen Öffentlichkeit mit der Wahrung wirtschaftlicher Interessen der USA argumentiert, also dem „Wirtschaftsstandort USA“. Das sollte auch dazu beitragen, dass das prognostizierte Verschwinden der Nationalstaaten im Prozess der Globalisierung an Überzeugungskraft einbüßt. Denn Gemeinwohl entsteht – gerade wegen der „Logik der

Globalisierung“ – in politischen Prozessen unter mündigen Menschen und Völkern. Nur so können sie ihre Zukunft bewusst gestalten und dem Aberglauben an unsichtbare Hände entgehen.

7 Neue Herausforderungen – keine „neue Soziale Marktwirtschaft“

Hinter dem Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft stand die Vision von Friede, Wohlstand und Freiheit. Die Marktwirtschaft sollte das Instrument sein, um die wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Ludwig Erhard erweiterte diese Vision durch die Parole „Wohlstand für alle“ sowie „Eigentum für alle“ und prognostizierte in seinem Wahlkampf für das Bundeskanzleramt die 35 Stunden-Woche, also „Freizeit für alle“. Nach Erreichung des vor allem im Ausland so empfundenen Wirtschaftswunders hielt Alfred Müller-Armack eine „zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft als gesellschaftspolitische Ergänzung“ für notwendig. Denn, wie er vermutet hatte, vermittelt der „instrumentale Charakter“ der Marktwirtschaft keine „kulturellen Werte“. Welche Phase möchte die geforderte „neue Soziale Marktwirtschaft“ einleiten? Wird das Wort, wie Müller-Armack schon 1966 beklagte, nur wieder benutzt, ohne es gründlicher theoretisch zu vertiefen?

7.1 Die „neue Soziale Marktwirtschaft“ der CDU (CDU Diskussionspapier 2001)

Den Einband des Diskussionspapiers mit dem Titel „NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“ ziert ein, allerdings etwas verfremdetes, aber buntes, Bild von Ludwig Erhard. Das signalisiert bereits die Verkürzung des Stilgedankens der (alten) Sozialen Marktwirtschaft auf die Ausgestaltung durch Ludwig Erhard. Dies muss aber, wie die früheren Überlegungen zeigten, kein Nachteil sein. Jedoch erhebt sich bei der beschriebenen pragmatischen Ausgestaltung die Frage, welche Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft nur mit einer „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ bewältigt werden können. Die Frage stellen sich die Autoren des Diskussionspapiers auch (S. 14 ff.), ohne sie überzeugend zu beantworten. Die Motivation lässt sich aber offenlegen.

Die als Ausgangspunkt dienenden Herausforderungen sind die bekannten. Sie werden als „epochale Veränderungen“ vorgestellt, die eine „Umbruchsituation“ schafften: Die „digitale Revolution“, die Globalisierung der Wirtschaftsprozesse, die Alterung und Abnahme der Bevölkerung, der Erfahrungs- und Wertewandel. Daraus folgt ein „Handlungsbedarf für Deutschland“ – abgeleitet aus Mangel an Wettbewerb in Bildung, Wissenschaft und Forschung, unübersichtlichen und einschränkenden staatlichen Regelungen, Beschäftigungshemmnissen am Arbeitsmarkt, gefährdeten Sozialsystemen und einem unvollständigen internationalen Ordnungsrahmen. Bis auf ihn lassen sich die

Herausforderungen als Fortsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft von rechts“ einordnen.

Bemerkenswert ist jedoch die Betonung der Zukunftsgestaltung als Aufgabe der Politik. Das könnte an die Verwurzelung von Ludwig Erhard im Ordoliberalismus erinnern. Der darin verankerte „starke Staat“ zur Durchsetzung der Wirtschaftsordnung erhält aus dem Gebäude der „Neuen Politischen Ökonomie“ und ihrer „ökonomischen Theorie“ der Politik, des Rechts, der Demokratie und der Institutionen aber eine neue Interpretation. Daraus ergeben sich dann „neue Instrumente und Mechanismen“ sowie neue Prioritäten. Alles zusammengenommen begründet die Notwendigkeit, die „wirtschaftliche Ordnung der Freiheit in unserer politischen Ordnung der Freiheit – die Soziale Marktwirtschaft – auf eine neue Stufe“ zu heben (CDU 2001, S. 14 f.).

Dadurch soll die „Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards“ nicht „mutwillig preisgeben“ werden, sondern „die Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verlieren nicht nur nicht ihre Gültigkeit, vielmehr schafft erst das Neue der Sozialen Marktwirtschaft wieder die Voraussetzung, dass genau diese Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft gelebt werden“. Das Leben nach den Prinzipien tritt in den Vordergrund, nicht die Zukunftsgestaltung. Bei ihr erweist sich der Staat in guter wirtschaftsliberaler Tradition als neues und altes Problem. Ludwig Erhard war da, wie sich zeigte, unbefangener. Bei der „internationalen Ordnung des Wettbewerbs“ (S. 15 f.) wird betont: „Es geht dabei gerade nicht um eine Ordnung für einen fiktiven Weltstaat. Das wäre eine sozialistische Antwort. Vielmehr geht es um eine neue Verzahnung privaten und politischen Handelns für die durch die Globalisierung um die internationale Dimension erweiterte Reichweite der Sozialen Marktwirtschaft: Für eine weitere Liberalisierung des weltweiten Handels durch die World Trade Organization (WTO)“.

Wichtigstes Anliegen der neuen Stufe für die Soziale Marktwirtschaft scheint es vor allem zu sein, den Stilgedanken von sozialistischen Resten zu säubern, wie sie vor allem bei Alfred Müller-Armack und seinem „dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ anklingen. Deshalb fehlt der Begriff „dritter Weg“ nicht nur, sondern auch der Name Müller-Armack taucht nicht auf. Die Soziale Marktwirtschaft ist, die historische Wahrheit vernachlässigend, Ludwig Erhards „Bahnbrechende Idee“ (S. 7). Sie sei nach 50 Jahren auch im 21. Jahrhundert genau so aktuell. Dem ist ohne Einschränkung zuzustimmen. Gerade deshalb fehlt der angeblich notwendigen „neuen Stufe“ aber die Überzeugungskraft. Gegenüber den Ausgangspunkten im „sozialistischen Zeitgeist“ bei Müller-Armack ließe sich das eher verstehen. Ihn aber hat offenbar genau so wie „die Konfliktlinien des vergangenen Jahrhunderts“ der „Gang der Geschichte überholt“ (S. 18). Denn die Verwischung der Positionen zwischen Sozialdemokraten und Christlichen

Demokraten gilt es offenbar wieder zu beseitigen und die alte Konfliktlinie Staat oder Individuum bzw. Staat oder Markt erneut deutlicher zu machen. Das unterstreicht die Warnung: „Bei aller strategisch motivierten Aufgabe lang gepflegter Glaubenssätze ist der Urreflex des Sozialismus, die Anmaßung des Staates, es besser zu wissen, lebendig“ (S. 18).

Dagegen scheinen es nun die Politiker oder „die Politik“ besser zu wissen. Sie bietet den Bürgern einen „neuen Vertrag“ an. Der alte bleibt unerwähnt, ihn gab es auch nicht im Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft. „Freiwillige Selbstverpflichtungen“ treten an die Stelle von Verordnungen und Gesetzen. Der „neue Vertrag“ beruht auf Gegenseitigkeit von Politik und Bürger, etwa derart: Die Politik verspricht, mit einfachen Steuersätzen Leistung zu fördern und erwartet im Gegenzug vom Bürger „Ehrlichkeit gegenüber der Gemeinschaft“; die Politik sorgt dafür, „dass der, der arbeitet, mehr Geld hat als der, der nicht arbeitet“ und erwartet im Gegenzug, „dass der, der arbeiten kann, angebotene Arbeit auch annimmt“ (S. 16). Aber „Arbeit für alle“ erscheint als ein „unerreichbares Ziel“ (S. 11), auch Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“. Wegen der Ableitung aus der „Erfahrung der Vollbeschäftigung der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts“ gehört diese Vision im „21. Jahrhundert einer weit zurückliegenden Zeit“ an. „Die hohen Lohnzusatzkosten führen zu einer immer weiter auseinander gehenden Schere zwischen verfügbarem Nettoeinkommen und Bruttoarbeitskosten. Die steigende Steuer- und Abgabenlast erdrückt die Menschen.“

Die durch „Selbstverpflichtung“ in Verträgen zwischen Politik und Bürger geschaffene oder zu schaffende „neue Form selbstbewusster Demokratie“ soll zu einer „Wirk-Gesellschaft“ führen – zu Freiräumen und „Infrastrukturen der Verantwortung“ (S. 17 f.). Die neue Gesellschaft wird als „Wissensgesellschaft“ gesehen. „Die neue soziale Frage unserer Zeit hat deshalb in der Frage des Zugangs und der Teilhabe am Wissen einen Angelpunkt“ (S. 14). Eine zentrale politische Herausforderung stellt es deshalb dar, den Ordnungsrahmen für die veränderte Welt zu finden, „um Teilhabe für jeden Einzelnen an den Ressourcen, den Früchten und dem Fortschritt unserer Gesellschaft zu ermöglichen“. Nur so sind „neue soziale Verwerfungen“ zu vermeiden. Nicht die „Allzuständigkeit von Politik und Staat“ ist die richtige Antwort, sondern eine „Doppelstrategie der Politik. „Sie muss an den richtigen Stellen eingreifen und an den richtigen Stellen loslassen, aber mehr noch, sie muss dies auch können“.

Die Eingriffe gemäß den neuen Prioritäten erinnern an Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik durch Appelle. Im CDU Diskussionspapier sind es „Offensiven“: Qualifizierungsoffensive, Offensive für mehr Transparenz und Flexibilität, Offensive gegen Beschäftigungshemmnisse, Offensive für einen verlässlichen Sozialstaat. Bei der weiteren Priorität

tät für die Schaffung eines internationalen Ordnungsrahmens wird das Wort „Offensive“ vermieden. So entsteht eine „sich formierende Wissensgesellschaft“ (S. 18). Sie lässt an Ludwig Erhards „formierte Gesellschaft“ denken. Insgesamt ergibt sich, dass auf dem Hintergrund der Ausgestaltung des Stilgedankens der Sozialen Marktwirtschaft eine „neue Soziale Marktwirtschaft“ nicht notwendig ist, wenn neue Akzente gesetzt werden sollen.

7.2 Neue Abgrenzung zur SPD

Die Ausgestaltung des Stilgedankens der Sozialen Marktwirtschaft erlaubte es immer, neue Gewichte und Prioritäten zu setzen. Sogar die „Soziale Marktwirtschaft von links“ fand Platz. Hauptziel einer „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ scheint es zu sein, die SPD von der „Teilhabe“ an dieser Idee oder diesem Schlagwort auszuschließen. Ob das aber gelingt, ist zweifelhaft, denn beide Parteien bemühen sich um eine „Politik der Mitte“ oder um die „neue Mitte“. Die SPD bleibt noch bei dem „dritten Weg“, ohne ihn zwischen Kapitalismus und Sozialismus anzusiedeln. Hier sind also offenbar fließende Grenzen zur CDU/CSU gewollt. Wenn eine „neue Soziale Marktwirtschaft“ dieser sozialdemokratischen Strategie einen marktwirtschaftlichen Riegel verschieben möchte, dann dürfte das aber nicht auf Kosten des Stilgedankens der Sozialen Marktwirtschaft geschehen.

Auf diesem Hintergrund überzeugt die „Hebung der Sozialen Marktwirtschaft auf eine neue Stufe“ nicht. Es ließe sich sogar bezweifeln, ob es sich um eine „Hebung“ handelt. Das dem Diskussionspapier vorangestellte Zitat aus Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ belegt dieselbe Stufe: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, das ich dazu in der Lage bin“. Die „sich formierende Gesellschaft“ enthält ein neues Element mit der „Selbstverpflichtung“ durch Vertrag zwischen Politik und Bürger. Diese „neue Form selbstbewusster Demokratie“ bringt aber eher ein gestärktes Selbstbewusstsein der Politiker zum Ausdruck als das der Bürger. Denn in der freiheitlich-demokratischen Ordnung gilt der mündige Bürger als Souverän.

Er sollte – wenn es dann das Bild der Auflösung des Staates durch ein Geflecht von Verträgen gemäß der „Neuen Politischen Ökonomie“ und ihrer „ökonomischen Theorie“ der Politik und Demokratie sein muss – den Politikern ein Vertragsangebot machen und die Zusicherungen und Versprechungen in Wahlkämpfen selbstbewusst einfordern und kontrollieren. Die Selbstverpflichtung klingt zusammen mit dem Vertragsangebot durch die Politik, zuweilen auch mit dem Staat gleichgesetzt, doch sehr nach dem alten sozialistischen Staatsverständnis oder gar dem des alten Feudalstaats. In ihm bot der –

bereits aufgeklärte – Souverän den Bürgern Privilegien gegen Wohlverhalten an. Der mündige Bürger in der freiheitlich-demokratischen Ordnung wird auch kaum damit zufrieden sein – zumal wenn er sich durch den Marktmechanismus benachteiligt fühlt – , dass Freiheit sich auf wirtschaftliche Freiheit konzentriert, als Freiheit sich selbständig zu machen, um den Lebensunterhalt in eigener Verantwortung zu verdienen und so an Solidarität und Gerechtigkeit teilzuhaben bzw. Beteiligung durch wirtschaftliche Leistung zu erwerben.

Hier meinte die „bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ Müller-Armacks und auch die „Wirtschaftspolitik aus einem Guss“ oder gar die „Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik“ im Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft und seiner Ausgestaltung mehr, bzw. etwas Anderes. Die neue Abgrenzung zur SPD bedeutet somit Verlust an „alter Sozialer Marktwirtschaft“. Die „neue Stufe der Sozialen Marktwirtschaft“ ist nicht eine Fortführung der „zweiten Phase der Sozialen Marktwirtschaft als gesellschaftspolitische Ergänzung“, wie sie Müller-Armack schon 1960 anmahnte. Die befürchtete „kulturelle Entleerung“ durch die Marktwirtschaft ist in den folgenden Jahrzehnten keineswegs geringer geworden.

7.3 „Kulturelle Entleerung“ statt gesellschaftspolitischer Ergänzung

Die Unterwerfung von Kultur und Bildung unter das Diktat des Marktes nimmt gegenwärtig geradezu groteske Formen an. Schulen, Universitäten, Theater sollen sich auch als Produktions- bzw. Dienstleistungsbetriebe verstehen, selbst Richter und Professoren sollen Manager sein. Die Manager der Wirtschaft nutzen die Gelegenheit, sich Politik und Kultur als Wegweiser zu empfehlen. Dazu bietet sich eine „Qualifizierungsoffensive“ an. Aus eigenem Erdulden und Erleiden als Rektor einer Universität mag die Bildungspolitik als Beispiel dienen. In relativ kurzer Zeit fügten sich Politik und Universitäten – später als ihre Leitungen allerdings – dem neuen Leitbild einer „Universität als Produktionsbetrieb“, mit Rektoren als Managern und einem Aufsichtsrat als „Hochschulrat“. Aber auch für die Schulen bieten sich von Unternehmen finanziert oder nur „gesponsert“ Kommissionen an, um Bildung wirtschaftsnäher zu machen. Bildung aber soll Wissen und Erfahrung entstehen lassen, um als mündiger Bürger das Leben zu bewältigen. Dazu gehört nicht nur das Wirtschaftsleben. Es könnte sogar Kreativität einbüßen, wenn Bildung zu früh zur „Betriebsblindheit“ erzieht.

Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Ordoliberalismus warnten deshalb als Folge wirtschaftlicher Macht vor der Herausbildung von „Meinungsmonopolen“. Die modernen elektronischen Massenmedien sind dazu wirksame Instrumente. Im Gewand der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit werden dann Informationen selektiert und

Botschaften der Werbeträger oder Eigentümer verbreitet. Der gegenwärtige italienische Ministerpräsident verdankte seine Wahl einem solchen von ihm regierten „Meinungsmonopol“ durch eigene Rundfunk-, Fernsehanstalten und Zeitungen. Ihr Wohlwollen und ihre Abhängigkeit behindert dann auch die Kontrolle der Regierung durch Politik, richterliche Gewalt und eine kritische Öffentlichkeit.

Die leidet immer mehr, wenn Bildung und Kultur zunehmend das ist, was Sponsoren für förderungswürdig halten. Ein prominenter Unternehmenschef und Stifter erläuterte in einem „Führungsseminar“ mit Hochschulleitungen einmal die beste Lösung folgendermaßen: Der Staat baut die Universitäten und wir Manager managen sie. Auch den Bau kann sich der Staat inzwischen nicht mehr leisten. „Krankenhäuser und Kindergärten, Straßen und Kläranlagen, Mülldeponien und Universitäten“ sollten deshalb in Zukunft mit privatem Kapital errichtet werden. Dies sei „fast grenzenlos“ vorhanden, aber die Staatskassen seien leer (Bayerische Staatszeitung 1993). Besser ließe sich die erwähnte Perspektive eines Staates mit „öffentlicher Armut und privatem Reichtum“ nicht belegen. Diese Situation entstand nicht aus einer „bewusst sozial gesteuerten Marktwirtschaft“, auch nicht aus ihrer „gesellschaftspolitischen Ergänzung“, wie sie Müller-Armack schon 1960 für eine „zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft“ forderte.

7.4 Überparteiliche „Initiative neue Soziale Marktwirtschaft“

Den Vorsitz im Kuratorium führt ein alter Streiter für marktwirtschaftliche Prinzipien mit langjähriger Medienerfahrung als Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, im Finanzministerium unter Theo Waigel, CSU, und schließlich als Bundesbankpräsident. Was die Initiative will, stellt sich aus der Sicht des Kuratoriumsvorsitzenden folgendermaßen dar (Tietmeyer 2001): Die Globalisierung ist keineswegs eine neue Erscheinung, lediglich ihre Beschleunigung. Die Soziale Marktwirtschaft besitzt viele Wurzeln, insbesondere im Ordoliberalismus und der katholischen Soziallehre. Eine konzeptionelle Festlegung ist trotz vieler Autoren und ihren Veröffentlichungen nicht möglich. Das gab Raum für Missinterpretationen und einseitigen Auslegungen.

Diese Kritik betrifft das einseitige Verständnis des „Sozialen“ in der Überbetonung des Versorgungsprinzips, insbesondere bei der einseitigen Interpretation der sozialen Gerechtigkeit als Verteilungsgerechtigkeit und der „verkehrten Rangfolge der Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität. Dass Freiheit, Selbstverantwortung und Marktausgleich bereits einen entscheidenden Teil des „Sozialen“ ausmachen, wird bis heute oft nicht genügend verstanden“. Ludwig Erhard habe die Soziale Marktwirtschaft als „Gegenkonzeption zum staatlichen Dirigismus und zu privatwirtschaftlichem Machtmissbrauch“ verstanden. Er setzte auf „Freiheit und Wettbewerb, auf Eigenverantwortung

und auf Verantwortung des Einzelnen für die Gesellschaft, die ihrerseits jedoch dem Einzelnen gegenüber solidarische Verantwortung hat“. Diese Ansprüche erfülle die deutsche Wirklichkeit bereits am Ende von Ludwig Erhard’s aktiver Zeit nur zum Teil und entfernte sich in den folgenden Jahrzehnten noch weiter davon, insbesondere bei den „ordnungspolitischen Grundlagen der drei großen gesellschaftlichen Gestaltungsräume: Der Wirtschaft im engeren Sinne, des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme“.

In der „Wirtschaft im engeren Sinn“ bliebe nicht mehr viel staatlicher Handlungsbedarf. Die meisten Bereiche kennzeichne „voll wirksamer Wettbewerb. Das noch in den 50er oder 60er Jahren bestehende Problem privatrechtlich begründeter Marktmacht ist durch die Wettbewerbspolitik sowie durch den globalisierten und technisch innovativen Wettbewerb weitgehend zurückgedrängt“. Hinzu komme die Ausdehnung „marktwirtschaftlichen Wettbewerbs“ durch Privatisierungen, obgleich in einigen Feldern noch Nachholbedarf bestehe. Ein zentrales Problem ergebe sich beim „Staat im weiteren Sinne“ durch die Zunahme „einer ständig wachsenden Vielfalt von Interventionen, Reglementierungen und Bevormundungen“. Das führte zu einer Einengung für die „Entfaltung der Marktfreiheit, der unternehmerischen Initiative sowie der Eigenverantwortung des Einzelnen“. So entstand eine hohe staatliche Abgabenquote, Inflexibilität des Arbeitsmarkts mit dem Ergebnis im internationalen Vergleich hoher Arbeitslosigkeit, eine Überlastung der sozialen Sicherheitssysteme durch eine „Vollkasko-Mentalität“.

Die Folgerung aus diesen Überlegungen ist, dass die Wirklichkeit Deutschlands kein Modell für die Zukunft, für andere Volkswirtschaften und für die Welt darstellt. Das gelte aber nicht für die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist „– richtig verstanden – sehr wohl ein zukunftsorientiertes Modell auch unter den heutigen und morgigen Bedingungen der ökonomischen Globalisierung“. Dies setze die Rückkehr zu den grundlegenden Prinzipien und die Anpassung „an die neuen Bedingungen des internationalen Wettbewerbs, der Wissensgesellschaft und der sich verändernden demographischen Strukturen“ voraus. Als Modell für die internationale Ebene bestehen aber Zweifel. Eine „Weltregierung“ zur Durchsetzung sei nicht in Sicht. „Dabei ist auch fraglich, ob unter den derzeitigen Umständen politische Organisationen wie ein Weltparlament oder eine Weltregierung überhaupt wünschenswert wären, von ihrer Handlungsfähigkeit ganz zu schweigen“.

Denkbar sei aber ein Schrittweiser Fortschritt im Rahmen der bestehenden internationalen Organisationen bei der Sicherung von dauerhaft funktionsfähigen Wettbewerbsstrukturen auf den globalen Märkten, Schutz vor globalen Umweltbelastungen, Sicherung von sozialen Menschenrechten und sozialen Mindeststandards, Prävention bzw.

Bekämpfung von Krisen an den Finanzmärkten. „Eine voll etablierte Wirtschaftsordnung nach dem nationalen Grundkonzept für eine Soziale Marktwirtschaft wie in Deutschland wird es dabei weltweit nicht geben können“. Das würde an den in der Weltwirtschaft bestehenden unterschiedlichen Traditionen, Kulturen und auch Wertvorstellungen scheitern. Hinzu komme, dass „für die Gesamtpolitik verantwortliche Instanzen“ fehlten. Dazu fehlt aber auch, so ließe sich hinzufügen, im marktwirtschaftlichen Denkmodell der Wille. Denn die Märkte gelten als „wichtige Friedensstifter zwischen den verschiedenen Kulturen und Traditionen“.

7.5 Unbehagen am Wohlfahrtsstaat

Die Wünsche nach einer „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ wurzeln im Unwohlsein über den unter dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft entstandenen Wohlfahrtsstaat. Dies gilt auch für andere europäische Länder mit vergleichbaren Bemühungen um die Gestaltung einer Sozialordnung (Lampert 2001). Die „neue Soziale Marktwirtschaft“ möchte angesichts der Kritik am Wohlfahrtsstaat vorbeugen gegen die Schlussfolgerung, die Idee und die ihr zugrunde liegenden Prinzipien (CDU 2001, S. 12) hätten versagt. Da es angesichts der neuen Veränderungen auch nicht nur darum gehen kann, allein die mangelhafte Umsetzung von Idee und Prinzipien verantwortlich zu machen – auch unter Regierungen der CDU/CSU –, scheint es besser, eine „neue Soziale Marktwirtschaft“ zu entwerfen. Die CSU hält dies allerdings für überflüssig, wie in der Presse verlautete. Das erlaubt jedoch nicht den Schluss auf einen anderen Denkansatz als in der CDU. Im Gegenteil, es gibt Hinweise, dass die Ausgangspositionen in von der CSU getragenen Gremien noch viel deutlicher wieder zu finden sind. Eine Rechtfertigung gegenüber einer – alten – Sozialen Marktwirtschaft spielt dabei keine Rolle mehr.

Eine „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ (Kommission für Zukunftsfragen 1997) entwarf in ihrem Schlussbericht das Leitbild einer „neuen Bürger- und Sozialkultur“, das die erwähnte Tendenz zur Ökonomisierung des einzelnen Menschen fortsetzt und die gesamte Gesellschaft zu einer Marktgesellschaft erklärt. Da die Menschen aber nur „unter Druck, namentlich materiellem Druck“ alte Sicht- und Verhaltensweisen sowie Leitbilder aufgeben, hilft nur ein entsprechender Erziehungsprozess (Kommission für Zukunftsfragen, S. 38.). Es geht also letztlich um ein neues Leitbild vom Menschen und vom Staat (Lampert 1998, S. 17 sowie Lampert 2001, Kapitel 5, S. 119 ff.). Die im Diskussionspapier der CDU vorgeschlagene Selbstverpflichtung reicht dann nicht aus, sondern es bedarf einer „Qualifizierungsoffensive“. Am Ende wird ein Mensch der Zukunft erwartet, „als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge“ (Kommission für Zukunftsfragen 1997, S. 7).

Das könnte ein weiteres Beispiel sein für Alfred Müller-Armacks Erwartung, dass Marktwirtschaft kulturelle Werte entleert. Denn ein solches Menschenbild zwingt nicht die wirtschaftliche Ordnung, die Marktwirtschaft, ein Menschenbild als Orientierung zu akzeptieren, sondern passt es dem in der Marktwirtschaft verlangten Menschentyp an. Solche Tendenzen lassen noch überzeugender die Schlussfolgerung zu, dass es keiner „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ bedarf und dass es auch keine geben sollte. Sie verstellt den Blick für die nationale und internationale politische Verantwortung in und gegenüber einer globalisierten Welt. Nicht ob die Zukunft gestaltet wird oder kann ist das Problem, sondern wer es tut. In vereinfachter Reduktion der Komplexität einer Steuerung in der Welt lässt sich das Problem auf die Frage konzentrieren, ob die wirtschaftlichen „global player“ die Politik kontrollieren oder die Politik die „globale Wirtschaft“. Das ist die neue große Herausforderung der Sozialen Marktwirtschaft in Gegenwart und Zukunft einer globalisierten Welt.

8 Verteidigung der (alten) Sozialen Marktwirtschaft als neue Herausforderung

In der (alten) Sozialen Marktwirtschaft erhält, wie sich zeigte, die Politik Priorität, die „Logik der Globalisierung“ gemäß marktwirtschaftlichem Denkmodell hält das für einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Irrweg. Die „neue Soziale Marktwirtschaft“ neigt offenbar zu dieser Perspektive. Damit ignoriert der Denkansatz wieder den dargestellten Paradigmenwechsel im Stilgedanken der Sozialen Marktwirtschaft und unterwirft ihn erneut der marktwirtschaftlichen Logik. Die weltweite Kampagne zur Globalisierung macht das Denkmodell zur „Logik der Globalisierung“. Daraus entsteht erneut die Illusion einer Zukunft der Welt durch Selbstorganisation über Märkte, die die eigentlichen verlässlichen Friedensstifter sind. Die Spaltung der globalisierten Erde in mindestens „vier Welten“ wird ignoriert oder als Chance für mehr Marktwirtschaft gesehen.

8.1 Weltweiter Wohlfahrtsstaat oder „Marktwirtschaft von unten“

Dient Soziale Marktwirtschaft nur als bewährtes Schlagwort, während die Orientierung für praktisches Handeln aus dem Modell der „reinen Marktwirtschaft“ – ohne das den Paradigmenwechsel signalisierende Attribut „sozial“ – kommt, dann ergibt sich der Wohlfahrtsstaat als Irrweg, als ineffiziente Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft. In der Wirklichkeit ist er aber eine wichtige Komponente der Zukunftsgestaltung von mündigen Bürgern in einer mündigen Welt. Sie nutzen ihre Freiheit nicht nur als „Wirtschaftsbürger“ auf und in Märkten, sondern vor allem in politischen Prozessen durch demokratische Entscheidungen. Bei ihnen zählt die Mehrheit der Stimmen und

nicht die der Kaufkraft und des Kapitals. Während dieses sich in „Gesellschaften mit beschränkter Haftung organisiert“ (Blum 1995), trägt der politische Bürger die volle Verantwortung, auch für die Folgekosten der wirtschaftlichen Aktivität in „Gesellschaften mit beschränkter Haftung“. Die soziale und wirtschaftliche Sicherheit im Wohlfahrtsstaat verleiht dem einzelnen – besitzlosen – Bürger Freiheit von wirtschaftlicher und sozialer Not und damit Unabhängigkeit, wie sie im marktwirtschaftlichen Denkmodell das Privateigentum ermöglicht. Wenn der Missbrauch des sozialen Netzes beklagt wird, dann sollte auch der Missbrauch der Organisation des Kapitals in „Gesellschaften mit beschränkter Haftung“, die Befreiung von Verantwortung durch Konkurs- und Insolvenzrecht nicht übersehen werden.

Noch bedenklicher erscheint in dieser Perspektive, dass die durch den Staat garantierten individuellen Freiheitsrechte auch „Gesellschaften mit beschränkter Haftung“ zustehen, unabhängig davon wie groß und weltumspannend sie sind. Ihre Antwort auf die Globalisierung ist der Zusammenschluss zu noch größeren wirtschaftlichen Einheiten, „Welt-AG's“, globalen Koalitionen und globalen Strategien zu „Strategieführerschaft“. So verliert das Wettbewerbsmodell aus dem marktwirtschaftlichen Denkansatz in der realen Welt an Überzeugungskraft (Blum 1999).

Sicher bedarf der Wohlfahrtsstaat immer wieder der Reform, aber das beschriebene Unbehagen an ihm stellt ihn an sich in Frage und weckt Zweifel an der „Sachkompetenz“ der in demokratischen Prozessen entscheidenden Bürger. Daraus entstand eine „europäische Sozialstaatskultur“ (Lampert 2001). Die Neigung zum Wohlfahrtsstaat steigt in dem Maß, wie die Beteiligung am Arbeitsprozess in der Wirtschaft immer unsicherer wird. Das geschieht auch dadurch, dass aus marktwirtschaftlicher Logik bei Arbeitslosigkeit auf zu hohe Löhne und soziale Sicherheit geschlossen wird. Dasselbe gilt für den Anteil des Staates am Volkseinkommen. Die Folge wurde schon als „öffentliche Armut und privater Reichtum“ charakterisiert. Die aus der Globalisierung gefolgerte verschwindende Bedeutung der Nationalstaaten und auch der internationalen politischen Organisation ist ein Freibrief für die „global player“, ihre „Führungsstrategien“ durchzusetzen.

Die Wirtschaftswissenschaft und auch die neue Disziplin Wirtschaftsethik liefern Denkmodelle aus marktwirtschaftlicher Tradition, die belegen, dass die „Kontrolle der Politik durch die globale Wirtschaft“ dem Bürger mehr Nutzen stiftet als die politische Kontrolle der „globalen Wirtschaft“ (Homann 2001, S. 4). Mit dieser – wirtschaftsethischen – Abwertung der politischen Durchsetzung individueller Wünsche in demokratischen Prozessen (Blum 1990) wird den Bürgern der Welt ein, wie die Erfahrung in den Industrieländern zeigt, wichtiger Weg zu individueller Freiheit sowie Rechts- und

Wohlfahrtsstaat erschwert oder gar verweigert. Selbst die Armen in den Elendsvierteln der Entwicklungsländer macht die Vision einer „Marktwirtschaft von unten“ zum Nährboden neuen weltweiten Wohlstands, gerade weil sich kein Staat einmischte. Ein amerikanischer Präsident verschenkte ein entsprechendes Buch (de Soto 1989) begeistert an Mitglieder einer deutschen Delegation zur Weltwährungskonferenz. Der Sieg über den Sozialismus führt so zu einer Niederlage der oder einer „sozialen Marktwirtschaft“. Marktwirtschaft unter Führung der USA erscheint vor allem amerikanischen Autoren als Endzustand der Welt, als „Ende der Geschichte“. Unter diesem Titel schrieb Francis Fukuyama nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ein viel beachtetes Buch. Die Folge dieser „marktwirtschaftlichen Blindheit“ und Ignorierung der Einsichten, die zur Sozialen Marktwirtschaft führten, ist die „Globalisierung der sozialen Frage“.

8.2 Nationalstaat als Pfeiler internationaler Subsidiarität

Die Subsidiarität als wichtiges Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft verliert in der Interpretation aus dem marktwirtschaftlichen Denkmodell, in dem das Attribut „sozial“ entweder überflüssig oder ein „Geburtsfehler“ ist, die notwendige Verankerung in der Gesellschaft durch Solidarität. Sie meint eine individuelle und kollektive Verantwortung in der Gesellschaft. Das Subsidiaritätsprinzip liefert eine Orientierung zwischen individuell und kollektiv. In der globalisierten Welt ist es „weltfern“, das Gemeinwohl von „unsichtbaren Händen des Marktes“ zu erwarten, gar der Selbstverantwortung von Individuen, die sich im Sinne der „neuen Sozialen Marktwirtschaft“ durch „Selbstverpflichtung“ gegenüber der Politik zu dem Gemeinwohl dienendem Verhalten bewegen lassen. Wer trägt diese Politik, wenn die Nationalstaaten verschwinden oder gemäß der „strategischen Führerschaft“ der „globalen Wirtschaft“ verschwinden sollen, quasi „wegrationalisiert oder wegglobalisiert“ werden?

Die organisierten weltweiten elektronischen „Meinungsmonopole“ – eine bereits nationale Sorge der ordoliberalen Väter der Sozialen Marktwirtschaft – überfluten die ganze Welt mit ihren Botschaften. Der Drang zur weiteren Liberalisierung der Dienstleistungen führt zur weltweiten „Vermarktung“ von Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Kultur insgesamt. Das ist der Trend zu einer weltweiten „kulturellen Entleerung“ durch globale Marktwirtschaft, bzw. nur Freihandel mit den am nationalen Standort erzeugten Waren und Dienstleistungen. Wenn schon die Zuwanderung von Menschen mit anderen kulturellen Werten am „Wirtschaftsstandort Deutschland“ die Sorge um die „deutsche Leitkultur“ auslöst, müsste doch die Globalisierung viel größere Befürchtungen erzeugen. Wenigstens Aufrufe zur Verteidigung der „europäischen Leitkultur“ wären zu erwarten.

Zukunftsgestaltung in einer globalisierten Welt heißt auch, Verantwortung individuell, national und international für die Schaffung und Gestaltung von Organisationen und Institutionen zu übernehmen, die dem Leitbild einer „fiktiven Weltregierung“ folgen. Wenn das eine „sozialistische Antwort“ sein soll, wie die „neue Soziale Marktwirtschaft“ unterstellt, dann wird diese Abstempelung internationaler politischer Verantwortung in einem neuen dialektischen Prozess dazu führen, dass der „Sozialismus“ wieder aufersteht. Das ist umso mehr wahrscheinlich, wenn marktwirtschaftliche Logik nur die Alternativen Marktwirtschaft oder Sozialismus zulässt, keine dritten Wege, wie die Soziale Marktwirtschaft. Auch wenn in der Sicht von Alfred Müller-Armack ein „schwacher Staat“ wirklichkeitsnah zu sein schien, so wurde jedoch nie das Primat der Politik in Frage gestellt. Ludwig Erhard erklärte sogar, wenn kollektiv geplant werden müsste, dann liege das in der Verantwortung des Staates und nicht in der der privaten Wirtschaft.

Die in der „globalen Wirtschaft“ deutlich werdenden Herrschaftsansprüche auf wirtschaftliche und politische „Strategieführerschaft“ brauchen als Gegengewicht mündige Weltbürger mit Verantwortungsbewusstsein individuell, national in ihren Ländern und deren gesellschaftlichen Organisationen sowie international. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit nach dem Subsidiaritätsprinzip erfordern auch die Vorstellung eines „fiktiven Weltparlaments“. Ansätze dazu gibt es in den bestehenden internationalen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Organisationen. Die demokratischen Prozesse in der „Völkerfamilie“ brauchen für eine funktionsfähige Demokratie auch die Fortsetzung der individuellen Verantwortung und „Selbstverpflichtung“ über selbstbewusste Nationalstaaten. Sie bilden einen internationalen Pfeiler für die Fortsetzung des Subsidiaritätsprinzips über die nationalen Grenzen hinaus.

Viele kleine von den ehemaligen Kolonialmächten in die Unabhängigkeit und Freiheit entlassene Länder hatten noch keine Zeit und Chance, sich in der „internationalen Strategieführerschaft“ der Industrieländer zu nationaler Identität mit tragfähigem demokratischen Bewusstsein zu entwickeln. Die beschriebene „Logik der Globalisierung“ behindert das weiterhin. Ohne das nationale Selbstbewusstsein verliert ein Land aber seine Chance, in globalen demokratischen Prozessen mitzubestimmen und eigenen nationalen, am Gemeinwohl der Bevölkerung orientierten Interessen Gewicht zu verleihen. Nicht zufällig charakterisieren international Verantwortung tragende Manager von Weltunternehmen die durch den schockartigen Übergang zur Marktwirtschaft entstandenen Verhältnisse in Russland als „Räuberstaat“, der Kapital nicht zu Investitionen ermutigt. Der Rückzug auf die Position, es sei international keine Macht denkbar, die eine Weltregierung tragen könnte, wird gerade wegen der „Kampagne zur Globalisierung“ ungläubwürdig. Wenn es möglich ist, Marktwirtschaft sogar als Schock in der

Welt durchzusetzen, so wird es wenigsten in einer Politik der kleinen Schritte möglich sein, auch „Strategieführerschaft“ in der Politik zur bewussten Zukunftsgestaltung durchzusetzen.

Wo aber Marktwirtschaft statt Soziale Marktwirtschaft als Orientierung dient, kehrt der einleitend zitierte Aberglaube wieder zurück und behindert das Bewusstsein für weltweite politische Zukunftsgestaltung. Auch in ihr bleibt die „globale Wirtschaft“ ein schwergewichtiger Teilnehmer in nationalen und internationalen demokratischen Prozessen, verliert aber das beanspruchte Monopol zur Bestimmung des richtigen Weges zum Gemeinwohl der Welt. Es wurden schon Antworten auf die „Globalisierung der sozialen Frage“ aufgezeigt, die in die Richtung weltweiter Bewegung zu einer „fiktiven Weltregierung“ bzw. einem Weltparlament weisen. Die Soziale Marktwirtschaft als Friedensformel für die ganze Welt könnte eine neue Chance erhalten. Dazu bedarf es keiner „neuen Sozialen Marktwirtschaft“, sondern der konsequenten Verteidigung der „alten Sozialen Marktwirtschaft“. Ihr Stilgedanke erleichtert es auch, den Blick zu weiten für die Prioritäten bei der Zukunftsgestaltung in einer globalisierten Welt.

9 Zusammenfassung

Ausgehend von der Idee der Sozialen Marktwirtschaft als ein „der Ausgestaltung harrender Stilgedanke“ für eine „sozial verantwortlich gesteuerte Marktwirtschaft“ wird gezeigt, wie pragmatisch die Umsetzung in der Politik der jungen Bundesrepublik erfolgte. Es gab Phasen mit mehr Markt oder mehr Staat, so als „Soziale Marktwirtschaft von links“ unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung. Nie entstand das Verlangen nach einer „neuen Sozialen Marktwirtschaft“. Das gilt auch für die großen neuen Herausforderungen durch die Vereinigung mit der ehemaligen DDR und durch die ständig steigende Arbeitslosigkeit. Die „neue Soziale Marktwirtschaft“, die jetzt im Wahlkampf zur Ablösung der sozialdemokratischen Regierung zum Parteiprogramm der CDU erhoben wurde, möchte eigentlich keine Soziale Marktwirtschaft als „bewusst sozial gesteuerte Marktwirtschaft“ mehr sein, mit der es keine klare Abgrenzung zu den Sozialdemokraten gibt. Der unter diesem Leitbild aus demokratischen Prozessen hervorgegangene Wohlfahrtsstaat erzeugt großes Unbehagen. Das gilt auch für die damit verbundenen demokratischen Entscheidungen gegen die „marktwirtschaftlichen Sachzwänge“. Gegenüber diesem von der Sozialen Marktwirtschaft überwundenen Leitbild oder Paradigma kommt es darauf an, die (alte) Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen und zur Bewältigung der neuen Herausforderungen als Friedensformel zu nutzen – wegen der Globalisierung und der sie begleitenden Prognose über das Verschwinden der Nationalstaaten. Gerade sie werden als internationale Pfeiler des Subsidiaritätsprinzips der Sozialen Marktwirtschaft gebraucht und als Gegengewicht gegen die Ansprüche der

„globalen Wirtschaft“ und ihrer „global player“, am besten den Weg zum Gemeinwohl der ganzen Welt zu bestimmen.

Literatur

- Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger (1993)*, Die Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft, CSU: Unis und Straßen mit Privatgeld bauen, München, 5.3.1993, S. 6.
- Blum, R. (1980)*, Artikel Marktwirtschaft, Soziale, Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften (HdWW), 16. Lieferung, Band 5, Stuttgart et al.: Gustav Fischer Verlag, S. 153-166.
- Blum, R. (1983)*, Organisationsprinzipien der Volkswirtschaft. Neue mikroökonomische Grundlagen für die Marktwirtschaft, Frankfurt a. M. et al.: Campus Verlag.
- Blum, R. (1990)*, Wirtschaftsethik oder Ethik in der Wirtschaft, in: *H. Krupp (Hrsg.)*, Technikpolitik angesichts der Umweltkatastrophe, Heidelberg, S. 127-146.
- Blum, R. (1994)*, Theorie und Praxis des Übergangs zur marktwirtschaftlichen Ordnung in den ehemals sozialistischen Ländern, in: *H. Reimann und H.- P. Müller (Hrsg.)*, Probleme moderner Gesellschaften, Peter Atteslander zum 65. Geburtstag, Opladen (Westdeutscher Verlag), S. 3-21.
- Blum, R. (1995)*, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Privater Reichtum, öffentliche Armut, in: *G. Kleinhenz (Hrsg.)*, Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft, Festschrift zum 65. Geburtstag von Heinz Lampert, Berlin: Duncker & Humblot, S. 57-72.
- Blum, R. (1996)*, Arbeitslosigkeit als Effizienz- und Verteilungsproblem, in: *Helmstädter, E., Poser, G., Ramser, H. J. (Hrsg.)*, Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung, Festschrift für Karl Heinrich Oppenländer, Berlin: Duncker & Humblot, S. 57-81.
- Blum, R. und P. Welzel (1998)*, Unvollständigkeit formaler Systeme und Wohlfahrtsmaximierung. Über die Bedeutung von Gödels Satz für das ökonomische Denken, in: *L v. Rosenstil und H. Schuler (Hrsg.)*, Person Arbeit Gesellschaft, Festschrift für Hermann Brandstätter, Augsburg: Wißner Verlag, S. 192-202.
- Blum, R. (1999)*, Globalisierung – Unsichtbare Hand oder globale Koalitionen, ifo Studien, Zeitschrift für empirische Wirtschaftsforschung, 45. Jg. H. 4, S. 525-539.
- Blum, R. (2000)*, Artikel Soziale Marktwirtschaft, in: *A. Woll (Hrsg.)*, Wirtschaftslexikon, 9., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, München et al.: R. Oldenbourg, S. 671-674.

- CDU (2001)*, Deutschlands neue Soziale Marktwirtschaft, Diskussionspapier der CDU, Berlin, 27. August 2001.
- Eucken, W. (1952)*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hrsg. v. Eucken E. und Hensel K. P., Bern-Tübingen.
- Gutowski, A. und R. Merklein (1985)*, Arbeit und Soziales im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung, Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, S. 49 ff.
- Hayek, F. v. (1945)*, Der Weg zur Knechtschaft, übersetzt v. E. Röpke, hrsg. u. eingeleitet v. W. Röpke, Erlenbach-Zürich, Rentsch-Verlag.
- Hermann-Pillath, C. (1992)*, Die deutsche Wirtschaftspolitik aus transformationstheoretischer Sicht: normative Schlussfolgerungen aus einem Sonderfall, Berichte des Bundesinstituts für ostwirtschaftliche und internationale Studien, Nr. 24, Köln.
- Homann, K. (2001)*, Wer gewinnt – wer verliert? Demokratie im globalen Wettbewerb, Forum TTN. Fachzeitschrift des Instituts Technik-Theologie-Naturwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München, S. 2-11.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (1997)*, Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland, Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil III: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn.
- Lampert, H. (1998)*, Anpassung zu Lasten der Schwächeren, Akademie für politische Bildung, Akademie-Report, Nr. 2, Tutzing, S. 17-18.
- Lampert, H. (2001)*, Die europäische Sozialstaatskultur am Scheideweg, in: *I. Becker, N. Ott, G. Wolf (Hrsg.)*, Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft. Festschrift für Richard Hauser zum 65. Geburtstag, Frankfurt und New York: Campus Verlag, S. 102-129.
- Lampert, H. und A. Bossert (2001)*, Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Europäischen Union, in: *Geschichte und Staat*, 14., völlig überarbeitete Auflage, Bd. 278, München: Olzog Verlag.
- Liese, H.-J. (1976)*, Zielvorstellungen der Parteien, München-Wien: Olzog Verlag
- Müller-Armack, A. (1966)*, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, in: *Beiträge zur Wirtschaftspolitik*, Bd. 4, Freiburg i. Br.: Rombach Verlag.
- Nell-Breuning, O. (1966)*, Neofeudalismus, in: *Die neue Ordnung in Kirche, Staat, Gesellschaft, Kultur*, 20. Jg., Paderborn, S. 114 ff.
- Oppenländer, K. H. (1992)*, Erfahrungen in Westdeutschland beim Übergang zur Marktwirtschaft in den Jahren 1947 bis 1960, ifo-Diskussionsbeiträge, München, Nr. 3.

- Rüstow, A. (1949), Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, Ordo, Bd. 2, S. 100 ff.*
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (1990), Sondergutachten „Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten“ v. 20.01.1990, Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/6301.*
- Sinn, H.-W. (2001), Beschäftigung im geteilten Deutschland, Eröffnungsrede, Jahrestagung des Vereins für Sozialpolitik, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bd. 2, H. 4, S. 351-357.*
- Sinn, G. und H.-W. Sinn (1992), Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung, 2. Auflage, Tübingen.*
- Soto, H. de (1989), The other Path. The invisible Revolution in the third World, New York et al.: Harper & Row Publishers.*
- Tietmeyer, K. (2001), Soziale Marktwirtschaft, Modell für die Globalisierung?, in: bku – Journal, Bund Katholischer Unternehmer (Hrsg.), Nr. 52, H. 4, S.1-6.*
- Weizsäcker, C.-Ch. von (1999), Logik der Globalisierung, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.*
- Woll, A. (1992), Wirtschaftspolitik, 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, München: Franz Vahlen.*
- Zimmer, E. (1995), Reichtum von unten, Berlin: Aufbau-Verlag.*
- Zimmermann, K. F. (2001), Perspektiven für mehr Jobs in Deutschland, Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Bd. 2, H. 4, S. 359-362.*

Summary

The “German economic miracle” after the second world war is connected with the design of an economic policy labeled “Social Market Economy“ which forms a third path between capitalism (pure or free market economy) and socialism (centrally planned economy). This notion is relevant for New Labor in Britain as well as for the Social Democrats in Germany. Social Market Economy is usually perceived as an idea aimed at reaching social justice and national peace and thus avoiding the traditional class struggle between capital and labor. However, this idea also requires a change in the paradigm of economic thinking from traditional self-organization by markets to a mixture of social control of both government and markets. Until now, however, economic theory has refused to follow this new paradigm, thus resulting in a deficiency of theory in the field of Social Market Economy. Microeconomic theory is dominating the current economic thinking.

The realization of a “socially responsible market economy” should be done pragmatically by political recognition of changing challenges and situations, thus establishing the welfare state in democratic decisions. History has shown that governments have often alternated between the right wing and the left wing. During the sixties, the Social Democrats retained the well established concepts of a Social Market Economy, but attempted to design a “left wing” version thereof, aimed at more political control. In Germany, suffering from the first great crisis in the Federal Republic, this was done in order to reach a higher degree of economic stability. The ensuing governments, led by the Christian Democrats in Germany, attempted to reduce the welfare state using the slogan “more market, less state”. Not even the great challenge of transforming the former socialist parts of Germany into a market economy gave rise to the idea of a “new Social Market Economy”.

Similarly, it is argued in this paper that there is no need for a “new Social Market Economy”: The old one is open for reforms from the left as well as from the right wing as experience over more than 50 years has demonstrated. The original Social Market Economy is worth being defended even in view of globalization and is recommended for many economies all over the world in order to avoid globalization of the traditional “class struggle” between capital and labor. A necessary condition for any “socially controlled market economy” are properly working political institutions and governments. Therefore, in order to ensure the necessary public interventions, national states must not vanish, as prophets of globalization often maintain. On the contrary, a political countervailing power is necessary to discipline the “global economic players” as well as to avoid political hegemony of one or more national states. In a global world, only the national states can guarantee decisions along the so called “subsidiarity principle” of Social Market Economy.